

Unsere Welt



Mahnwache des Bremer Friedensforums vor dem Bremer Dom. Foto Hartmut Drewes

Für unsere «Sicherheit» sorgen können nur wir selber tun Der Rüstungswahn(sinn)

Die NATO ist auf Krawall gebürstet und lügt, dass sich die Balken biegen. Die scheinheilig so genannten Verteidigungsminister der NATO-Länder sägen weiter fleissig an den Verträgen zur Kontrolle der Rüstung und scheinen völlig auszublenden, wie gefährlich ihr Spiel mit den Bomben ist. Wir selbst sind gefragt, etwas für unsere Sicherheit zu unternehmen, denn die Mächtigen werden es nicht tun.

Von Bernhard Trautvetter

Die NATO steuert gezielt auf Beschlüsse zu, die auf das Ende der Zivilisation – nicht nur in Europa – hinauslaufen. Der von Donald Trump eröffnete neue Streit über den über 30 Jahre alten grossen Abrüstungsvertrag in und für Europa wird von der NATO mitgetragen.

Das macht unsere Zeit noch gefährlicher, als sie ohnehin schon war.

Die Sitzung der «Verteidigungs»-Minister der NATO im Februar wird nach neuesten Ankündigungen das ohnehin schon sturmreif geschossene Rest-Rudiment internationaler Rüstungskontroll-Verträge weiter zerlegen. Das geschieht – wie wir sehen werden –, damit die NATO sich mit der Fähigkeit ausstattet, eigene strategische Interessen mit neuen nuklearen Marschflugkörpern noch druckvoller durchzusetzen. Die Dülmener Zeitung zitierte Jens Stoltenberg am 4. Januar 2019, er schliesse «eine Diskussion über eine atomare Nachrüstung in Europa nicht mehr aus».

Welcome to the 80s

Das kennen jene bereits, die die Friedensbewegung der 1980er Jahre mitgetragen haben: Damals belog die NATO die Welt mit dem Begriff «Nachrüstung» für die gleiche Wafenkategorie, um die es jetzt wieder

geht. Sie zählte eigene Potentiale nicht mit und erfand die «Nachrüstung», so als sei man zur Rüstung gezwungen, weil der Gegner das Gleichgewicht des Schreckens bereits zerstört habe. Damals war letztlich der Druck der Friedensbewegung auf die Militärs so gross, dass diese dem Vertrag über das Verbot landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa zustimmten und ihre Systeme aus Deutschland und weiteren europäischen NATO-Staaten abzogen.

Schon seit Jahren konnten Kenner/innen damit rechnen, dass die NATO einen erneuten Versuch starten wird, diesen damals unfreiwilligen Abzug ihrer Nuklearpotentiale aus Europa rückgängig zu machen. Diese Situation ist jetzt da. Jürgen Trittin von den Grünen twitterte kürzlich «Welcome to the 80s».

Damals erklärte der Aufruf zur ersten grossen Friedensdemonstration, dies sei das gefährlichste Jahrzehnt der Geschichte. Schade nur, dass die Grünen nicht mehr die Friedenspartei sind, die sie damals mit Petra Kelly und Gert Bastian als führendes Duo waren. Auf jener ersten grossen Friedensdemonstration mit fast einer halben Million Teilnehmer/innen sagte Petra Kelly am 10. Oktober 1981, «dass wir den Mächtigen (...) das Recht absprechen müssen unsere Sicherheit zu besorgen».

Das gilt heute mehr denn je: NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg äusserte am 4. Januar 2019 in einem dpa-Interview:

«Wenn Russland nicht wieder vertragstreu wird, müssen wir uns auf eine Welt ohne den Eckpfeiler der Abrüstungsverträge vorbereiten, den Vertrag zum Verbot landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen» (INF-Vertrag, die Red.).

Unbelegte Vorwürfe

Der Vorwurf gegen den «Feind» im Osten, er begehe Vertragsbruch, wird durch Wiederholung nicht wahrer; er bedeutet allerdings, niemand wird sich noch an Verträge halten. Zitat Jens Stoltenberg:

«Die russische Verletzung des INF-Vertrags untergräbt die Grundlagen einer effektiven Waffenkontrolle und unterminiert die Sicherheit der Alliierten. Das ist ein Teil von Russlands breiterem Verhaltensmuster, das beabsichtigt, die ganze euro-atlantische Sicherheitsarchitektur zu schwächen. Es gibt keinen Zweifel daran, dass die USA vollständig den Vertrag erfüllen. Es gibt keine neuen US-Raketen in Europa. Aber es gibt neue russische Raketen in Europa».

Diesen Vorwurf bezeichnet das renommierte schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI als unbewiesen. Die Forscher kritisieren im Gegenteil, dass von den USA als Verteidigungssysteme deklarierte Potentiale mit wenig Aufwand in Systeme verwandelt werden können, die den INF-Vertrag verletzen. So invalide die Behauptungen der NATO auch – wieder einmal

Fortsetzung Seite 2

Aus dem Inhalt

Internationale Konferenz in Dublin: Weg mit den Basen!	2
Umweltzerstörung: Arroganz hoch Ignoranz	3
Vereinigter Staatenstreich: Der Griff auf Venezuela	4
Kuba: Kulturelle Entkolonialisierung	5
Kuba: Gespräch mit Prof. Dr. med. Franco Cavalli	6
Kuba: Solidarität ist gefragt	7
Politische Gefangene: Ein Funken Hoffnung für Mumia	8

Friedensbewegte aus allen Kontinenten rufen: Weg mit den Basen!

Vom 16. bis 18. November fand in der Liberty Hall in Dublin, Irland, die erste internationale Konferenz gegen Militärbasen der USA und der NATO statt. An der Konferenz nahmen rund 300 Friedensaktivistinnen und -aktivisten aus über 35 Ländern der Welt teil, darunter von der Schweizerischen Friedensbewegung Sekretariatsmitglied Martin Schwander und Seyhan Karakuyu. Auf der Konferenz wurden Vorträge und Präsentationen gehalten von Vertretern aus Ländern aller Kontinente, darunter Kuba, Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Vereinigte Staaten, Italien, Deutschland, Portugal, Griechenland, Zypern, Türkei, Polen, Vereinigtes Königreich, Irland, Tschechische Republik, Israel, Palästina, Kenia, DR Kongo, Japan und Australien. Wir dokumentieren den Wortlaut des Communiqués, das am Schluss der Tagung einstimmig beschlossen wurde.

Diese Konferenz war die erste organisierte Veranstaltung der neu gegründeten Globalen Kampagne gegen US und NATO-Militärstützpunkte, die von über 35 Organisationen der Friedensbewegung, Bürgerrechtsgruppen und Umweltorganisationen gegründet wurde und von über 700 weiteren Organisationen und Aktivisten aus der ganzen Welt unterstützt wurde. Was uns alle auf dieser internationalen Konferenz zusammenbrachte, war unsere Übereinstimmung mit den Prinzipien, die in der «Gemeinsamen Erklärung» der Globalen Kampagne dargelegt wurden, die von den Konferenzteilnehmern befürwortet wurde.

Die Teilnehmer der Konferenz hörten Vorträge von Vertretern von Or-

ganisationen und Bewegungen und tauschten sich mit ihnen aus, die alle für die Abschaffung ausländischer Militärstützpunkte aus der ganzen Welt kämpfen, gegen die Aggressionen, Interventionen, Tod, Zerstörung und die Gesundheits- und Umweltschäden, die die Militärstützpunkte für die gesamte Menschheit bedeuten zusammen mit den Drohungen und Verletzungen der Souveränität der «Gastländer».

Die Teilnehmer und Organisatoren der Konferenz stellen sich grundsätzlich gegen sämtliche ausländischen Militärstützpunkte. Sie sind sich aber einig, dass die nahezu 1 000 Militärstützpunkte der USA und der NATO,

Fortsetzung Seite 2

Für ein Klima des Friedens

Friede dem Klima

Zu Tausenden gehen junge Menschen weltweit auf die Strasse und fordern Rücksicht auf das Klima und damit auf ihre und unsere Zukunft. Sie verdienen unsere Achtung, unseren Respekt – und unsere Unterstützung. Die Bewahrung unseres Planeten ist unser gemeinsames Ziel.

Der Raubbau am Klima, die Zerstörung unserer Ressourcen, unserer gesamten Lebensgrundlagen: Nichts hat daran einen derart grausamen und grossen Anteil wie die Kriegsmaschinerie in Ost und West, in Nord und Süd. Im Frieden wie im Krieg. Unser eigenes Land nicht ausgeschlossen. So übte beispielsweise unsere Luftwaffe während vier Wochen über Schottland das Fliegen bei Nacht und verbrannte dabei 1,3 Millionen Liter Kerosin! Eine Frechheit gegenüber der schottischen Bevölkerung, eine Schandtat gegenüber der Natur.

Ein Atomkrieg würde der Welt den ewigen Winter bringen. Krieg an und für sich ist Umweltzerstörer Nummer 1. Ein Blick auf die Folgen des Vietnamkrieges, wo noch heute, Jahrzehnte nach den Chemiewaffen-Angriffen der US-Luftwaffe jährlich Hunderte Kinder mit schrecklichen Missbildungen auf die Welt kommen, dürfte selbst die grössten Skeptiker ins Grübeln bringen. Es ist jedoch schon allein die pure Existenz von Armeen, die unsere Umwelt am meisten in Mitleidenschaft zieht. Der US-amerikanische Friedensaktivist Pat Elder, den Seyhan Karakuyu und ich als Delegierte der Schweizerischen Friedensbewegung an der Weltkonferenz gegen US- und NATO-Stützpunkte in Dublin kürzlich getroffen haben, beschreibt in dieser UW, wie etwa Militärbasen ihr Umfeld in jedem Sinn des Wortes vergiften.

Wenn wir uns also als Friedenskämpfer für Abrüstung, für gegenseitigen Respekt, für den Dialog, kurz für ein Klima des Friedens engagieren, so fördern wir dadurch auch den Frieden für das Klima.

Diesen Anknüpfungspunkt mit der gegenwärtigen Klima-Bewegung der Jungen und Jüngsten sollten wir besser nutzen. Uns ist zwar seit unserer Gründung vor 70 Jahren bewusst, dass Friede und soziale Gerechtigkeit zusammengehören. Dass es aber zu einer lebenswerten Welt auch klimatische Gerechtigkeit braucht und was der Friedenskampf dazu beitragen kann, dürfte ruhig stärker in unseren Fokus rücken.

Martin Schwander

Fortsetzung von Seite 1

Rüstungswahn

– sind, so wenig überraschen sie die Expert/innen. Das ist allerdings alles andere als eine Beruhigung.

Der Reihe nach: Waffensystem- und Strategie-Entwicklungen haben jahrelange Vorlaufzeiten. Der Mantel medialen Schweigens macht es den Militärs in dieser Zeit möglich, ungestört arbeiten zu können. Dann brauchen sie ein Narrativ, um ihre Pläne und Produkte, soweit sie doch veröffentlicht werden müssen, der Bevölkerung und ihren Volksvertretern mündgerecht verkaufen zu können, sodass es statt eines Widerstands eine möglichst breite Unterstützung für diese «Operationen» der Militärs gibt.

Dies ist nicht ganz einfach: Es handelt sich um Systeme, die nicht nur teuer sind, die nicht nur volkswirtschaftlichen Reichtum verbrennen – Ressourcen, die in wichtigen Bereichen des Lebens wie Soziales, Infrastruktur, Umwelt, Bildung und Arbeitsmarkt dringend benötigt würden –, sondern die auch noch im Falle ihres bestimmungsgemässen Einsatzes Tod, Genozid und sogar Homozid, die Auslöschung der Menschheit, mit sich bringen können.

Strategieentwicklung

Das erste aller sogenannten NATO-Centers of Excellence, das Joint Air Power Competence Centre, JAPCC in Kalkar hielt 2014 eine Jahreskonferenz unter dem Titel «Future Vector» ab. Dort zweifelten die Militärs an, dass es keinen grossen Krieg mehr in Europa geben werde.

Dies für möglich zu halten, bedeutet zugleich – wenn auch unausgesprochen –, den Untergang nicht nur dieses Erdteils für möglich zu halten. Die Konsequenz jeder vernünftigen verantwortlichen Instanz aus dieser Einschätzung wäre die absolute Priorität auf Konfliktlösung, Spannungs-De-Eskalation, Interessenausgleich in Verhandlungen im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme wie der UNO, der Organisation für Frieden und Zusammenarbeit in Europa, nukleare und allgemeine Abrüstung und das Ziel eines gemeinsamen «europäischen Hauses» ...

Die Militärs hatten auf der JAPCC-Konferenz eine andere Lösung parat: appropriate capabilities – einen «angemessenen» Mix aus konventionellen und nuklearen «Fähigkeiten». An der Aufgabe, diesen Mix zur Verfügung zu stellen, arbeiten sie systematisch. (...)

Die NATO-Strategie der Militarisierung soll forciert werden. Was die Propaganda der NATO auslöst: Die Pläne, die man jetzt aktuell als neu kommuniziert, sind es nicht. Bereits 2014 diagnostizierte die JAPCC-Konferenz, die Geschichte Europas sei die von Kriegen und Teilung. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion habe die NATO «eine zentrale Rolle dabei gespielt, ein stabileres Europa



Für unsere Sicherheit müssen wir selber sorgen, schreibt Bernhard Trautvetter, und wünscht sich für 2019 sichtbare Ostermärsche. (Foto Ostermarsch 2002 in Basel/Dietrich Herrmann)

zu entwickeln. Sie brachte Frieden auf den Balkan und zwölf neue Mitgliedsstaaten für die atlantische Allianz».

Einen sogenannten Frieden auf dem Balkan zu bejubeln – das rechnet mit der Blindheit und Vergesslichkeit der Menschen. Seit dem von Deutschland unter seiner damaligen rot-grünen Regierung mit exerzierten Völkerrechtsbruch 1999 ist der Balkan immer weiter in einem Zerfall, in Gewalt und Chaos versunken.

Ähnlich die Lage in Gesamteuropa: Die NATO steht unmittelbar an der russischen Westgrenze und baut nicht allzu weit davon entfernt Raketenstationen auf, die sie offiziell defensiv nennt, die allerdings im Handumdrehen in Offensivsysteme umgewandelt werden können (...).

Keine NATO-Ausweitung...

Dieser flagrante Bruch der Vereinbarungen aus der Zeit der Verhandlungen um die «Endgültige Regelung der Deutschen Frage» stellt den wahren Ausgangspunkt der Kriegsgefahr in Europa dar. Auch ohne den Einsatz nuklearer Potentiale könnte jeder Krieg ein nukleares Inferno werden, schon wegen der circa 200 Atomreaktoren, die quer über diesen dicht besiedelten Kontinent verteilt sind.

Der Beweis für den von der NATO in Abrede gestellten Bruch der Vereinbarungen des Westens mit der Sowjetunion und ihrem Präsidenten Michail Gorbatschow ist leicht zu recherchieren. Es beginnt mit der Tutzinger Rede des damaligen Bundesausserminister Hans-Dietrich Genscher. Zitat: «Was immer im Warschauer Pakt geschieht, eine Ausdehnung des NATO-Territoriums nach Osten, das heisst, näher an die Grenzen der Sowjetunion heran, wird es nicht geben».

Alles, was seither damit brach – Beitritte oder Partnerschaften –, sei es im Baltikum, in der Ukraine, in Polen,

blendet die NATO-Propaganda aus, was beweist, dass die Wahrheit immer zu den ersten Opfern der Kriegstreiber gehört.

Wie leicht aus der Konfrontationspolitik aus Halbwahrheiten, Lügen, Sanktionen, Aufrüstung, Bruch von Vereinbarungen, Propaganda durch Fake News im Bereich der westlichen Staaten Konflikte entstehen oder auch ein nicht mehr nur kalter Krieg

werden kann, das zeigte der kürzliche Konflikt an der Meerenge von Kertsch am Asowschen Meer: Ehe die Umstände letztendlich geklärt waren, bat die Ukraine um deutsche Kriegsschiffe, die «Zeit» schrieb am 28. November 2018: «Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine meldet sich zurück» und die Bildzeitung sprach am 27. November 2018 sogar von einem «grossen Krieg gegen Russland»

Fortsetzung von Seite 1

Weg mit den Basen...

die als Hauptpfeiler der imperialistischen Weltherrschaft der USA, der NATO- und der EU-Staaten überall auf der Welt errichtet worden sind, die grösste Bedrohung für den Frieden und die Menschheit darstellen und samt und sonders geschlossen werden müssen. Die Militärstützpunkte der NATO-Staaten sind der militärische Ausdruck imperialistischer Eingriffe

Gebieten als besondere vorrangige Aufgabe der internationalen Bewegung an. Dazu gehören zum Beispiel der US-Stützpunkt Guantanamo in Kuba, die US-Stützpunkte in Okinawa und Südkorea, der US-Stützpunkt in Rammstein in Deutschland, in Serbien, die alten und neuen US/NATO-Stützpunkte in Griechenland und Zypern sowie die Gründung des neuen US African Command (AFRICOM) mit dem ihm angeschlossenen Mili-

In dieser Situation weiteres Öl ins Feuer zu kippen, zeigt: Die Politik der NATO ist mit den Lebensinteressen des Kontinents unvereinbar!

Quasi als Zuspitzung der Militarisierungsstrategie regte die Essener JAPCC-Konferenz 2017 in ihrem Auswertungsmanuskript nicht nur eine Absenkung der Schwelle zum Nuklearkrieg an, sondern gleich im selben Satz auch eine Renaissance nuklearer Mittelstreckenraketen – dies ein Jahr vor dem aktuellen Konflikt um den INF-Vertrag.

Was auch immer sie sagen, Petra Kellys Worte gelten, «dass wir den Mächtigen (...) das Recht absprechen müssen unsere Sicherheit zu besorgen.» Das müssen wir selber tun! Es beginnt mit so unaufwendigen Handlungen wie einer Unterschrift unter den Appell «Abrüsten statt aufrüsten» (<https://abruesten.jetzt/>) und es wird nach aussen hin sichtbar bei Aktionen wie dem Ostermarsch, den Demonstrationen in Büchel gegen die nukleare Teilhabe der Bundesrepublik, in Ramstein gegen die US-Air-Base, in Kalkar und immer vor Ort, da, wo wir l(i)eben, arbeiten, uns engagieren ...

Bernhard Trautvetter ist ehemaliger Berufsschullehrer, Friedensaktivist und Träger des Düsseldorfer Friedenspreises 2018.

Quelle: rubikon.news, von uns geringfügig gekürzt. Der Originalartikel unter rubikon.news enthält zahlreiche Quellenangaben, die hier weggelassen wurden.

welche die globale Bewegung stärken sollen, um Aktionen und die Zusammenarbeit auszubauen und gleichzeitig weitere Fortschritte zu erzielen.

Um dieses Ziel zu erreichen, unterstützt die Konferenz die weltweiten Massenmobilisierungen gegen den NATO-Gipfel zum 70-jährigen Bestehen in Washington DC am 4. April 2019 und die entsprechenden Proteste in den NATO-Mitgliedstaaten und weltweit.



Mahnwache in Dublin zum Auftakt der 1. Internationalen Konferenz gegen US- und NATO-Militärstützpunkte. Links aussen die Delegierte der Schweizerischen Friedensbewegung, Seyhan Karakuyu. Foto Ellen Davidson

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____

Strasse: _____ Mail (fak.): _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

in das Leben souveräner Länder im Auftrag der vorherrschenden finanziellen, politischen und militärischen Interessen zur Kontrolle von Energieressourcen, Transportwegen, Märkten und Einflussphären. Sie verstossen zudem ganz klar gegen das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen.

Die Konferenzteilnehmer rufen die Organisationen und Bewegungen, die sich auf das oben Gesagte einigen, dazu auf, als Teil einer Globalen Kampagne koordiniert eng zusammenzuarbeiten, um die Öffentlichkeit auf der ganzen Welt gegen die Militärbasen der USA und der NATO zu mobilisieren.

Wir fordern die Schliessung aller Militärstützpunkte der USA und der NATO, sehen jedoch die Schliessung von Stützpunkten und militärischen Anlagen in bestimmten Ländern und

tärstützpunkten in Afrika, den zahlreichen NATO-Stützpunkten in Italien und Skandinavien, dem Shannon-Flughafen in Irland, der von den USA und der NATO als Militärstützpunkt genutzt wird, sowie die neu gegründeten Stützpunkte der Vereinigten Staaten, Frankreichs und ihrer Verbündeten auf syrischem Territorium und ausserhalb Syriens.

Um unsere gemeinsame globale Kampagne in Solidarität mit der gerechten Sache der Völker in ihrem Kampf gegen militärische Angriffe im Ausland, gegen Besatzung und Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten und gegen die verheerenden Auswirkungen dieser Stützpunkte auf Umwelt und Gesundheit fortzusetzen, stimmten die Teilnehmer darin überein koordinierte Aktionen und Initiativen im kommenden Jahr (2019) zu empfehlen und zu unterstützen,

Wir erklären unsere Solidarität mit den jahrzehntelangen Bemühungen des kubanischen Volkes, sein von den USA illegal besetztes Guantanamo-Territorium zurückzugewinnen, und erklären, dass wir das sechste Internationale Seminar für Frieden und die Abschaffung ausländischer Militärstützpunkte unterstützen, das für den 4.–6. Mai 2019 vom MovPaz in Guantanamo, Kuba organisiert wird.

Die Teilnehmer bedanken sich bei der Peace and Neutrality Alliance (PANA) in Irland für ihre grosszügige Gastfreundschaft und die Unterstützung bei der Ausrichtung dieser historischen Konferenz.

Angenommen von den Teilnehmern der 1. Internationalen Konferenz gegen US-amerikanische und NATO-Militärstützpunkte
18. November 2018
Dublin, Irland



Pat Elder (links) mit der grünen irischen Senatorin Grace O'Sullivan und dem Präsidenten der Tschechischen Friedensbewegung Milan Krajca an der Dubliner Konferenz gegen US- und NATO-Stützpunkte. Foto Ellen Davidson

Grundwasserverseuchungen im grossen Stil

Arroganz hoch Ignoranz = USA

Das Grundwasser unter US-Militärbasen und in deren Umgebung ist weltweit mit hochgiftigen, krebserregenden Chemikalien kontaminiert und macht die Anwohner aller US-Basen rund um die Welt und in den USA selbst krank. Die US-Behörden denken bisher überhaupt nicht daran, hier Abhilfe zu schaffen.

Von Pat Elder

Perfluorooctansulfonsäure oder PFOS und Perfluorooctansäure oder PFOA sind in den Löschschäumen enthalten, die US-Soldaten benutzen, wenn sie auf US-Militärbasen rund um die Welt das Löschen von Flugzeugbränden üben. Wenn zugelassen wird, dass diese giftigen Chemikalien im Boden versickern, vergiften sie das Grundwasser und verursachen eine der schlimmsten Grundwasserverseuchungen in der Geschichte der Menschheit.

Wenn Sie das bezweifeln, sollten Sie zuerst «PFOS, PFOA, Military Bases» googeln, bevor Sie diesen Artikel weiterlesen, und machen Sie sich darauf gefasst, dass Sie Schlimmes erfahren werden.

Die Überprüfung des Wassers in Tausenden von Brunnen auf und rund um US-Militärbasen auf der ganzen Welt hat ergeben, dass sie samt und sonders gesundheitsschädliche Mengen von PFOS und PFOA enthalten. Mit diesen Chemikalien verseuchtes Trinkwasser verursacht Unfruchtbarkeit, schwere Schwangerschaftsprobleme und Fehlgeburten. Sie verderben die Muttermilch und rufen bei damit gestillten Babys Übelkeit hervor. PFOS und PFOA sind die Ursache für Leberschäden, Nierenkrebs und die Erhöhung des Cholesterinspiegels; sie vermindern die Wirkung von Impfstoffen, erhöhen die Gefahr von Schilddrüsenerkrankungen und rufen bei Männern Hodenkrebs, verringertes Peniswachstum und verminderte Spermienproduktion hervor.

Seit Jahrzehnten untätig

Obwohl das Pentagon die katastrophalen Auswirkungen von PFOS und PFOA auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt seit 1974 kennt, werden bis heute Löschmittel verwendet, die beide Schadstoffe enthalten.

Spätestens 2001 war den US-Streitkräften das gesamte bedrohliche Ausmass des Problems bekannt. Man wusste, dass der weltweit auf US-Militärbasen verwendete Löschschaum Bäche und die aus dem Grundwasser gespeisten Brunnen der Anwohner vergiftet. Weil man aber auch wusste, dass durch die Verbreitung der vorliegenden Erkenntnisse sehr hohe Entschädigungskosten entstehen würden, beschloss man, zu schweigen und den Schaum einfach weiter zu verwenden – ohne sich darum zu kümmern, ob Soldaten auf den Basen oder Anwohner dadurch erkrankten.

Jetzt muss der Preis dafür bezahlt werden, weil die Verseuchung des Grundwassers den Fortbestand der US-Militärbasen im In- und Ausland gefährdet.

«Werdet nicht schwanger!»

Wenn Sie glauben, dass ich übertreibe, haben Sie wahrscheinlich nicht gegogelt, was ich weiter vorn empfohlen habe.

Die einschlägigen Informationen sind in den letzten Monaten geradezu explodiert.

Lesen Sie zum Beispiel auch den brillanten Report von Tara Copp in der Military Times, die bei Gannet News erscheint. In ihrer Serie berichtet sie über das verschwiegene Leid junger Frauen, das auf das Trinkwasser zurückzuführen ist, welches auf den US-Basen gefördert wird. In ihren Artikeln, zu denen auch *Why women were told «Don't get pregnant at George Air Force Base»* [Warum Frauen gesagt wurde: «Werdet auf der George Air Force Base nicht schwanger»]; Anmerkung des Übersetzers] gehört, berichtet sie, wie viel menschliches Leid und wie viele Tote durch PFOS und PFOA im Trinkwasser verursacht wurden. Viele Frauen hatten mehrere Fehl- oder Totgeburten. Das Militär weigert sich aber immer noch, die medizinischen Befunde der in den ganzen USA betroffenen Frauen freizugeben.

Auch die Umgebung der Basen betroffen

Und was ist mit den Frauen, Babys und Vätern in der Umgebung der US-Basen in den USA und im Ausland – zum Beispiel rund um die Air Base Spangdahlem in Deutschland oder in der Umgebung der Kadena Air Base auf der japanischen Insel Okinawa? Auch dort wurden PFOS und PFOA in hohen Konzentrationen in Bächen und Teichen rund um die Basen festgestellt. Die Anwohner wurden aber nicht gewarnt. Die US-Streitkräfte sahen auch keine Veranlassung, das Wasser in den Bächen und Teichen, den Boden darunter oder die darin lebenden Tiere zu testen.

Lokalen Behörden, die auf Okinawa nach den Ursachen für die Vergiftung des Wassers suchen wollten, wurde der Zugang zu zwei US-Basen verwehrt. Die Verweigerung des Zugangs ist nur das jüngste Beispiel dafür, wie das Status of Forces Agreement SOFA zwischen den USA und Japan die einheimischen Behörden daran hindert, die Gründe für die ge-

sundheitlichen Probleme der Anwohner von US-Basen zu erforschen.

US-Armeeführung verweigert sich Alternativen

Dieses SOFA ist ein Musterbeispiel für das imperiale Verhalten der US-Streitkräfte: Darin wurde einfach festgelegt: «Innerhalb der US-Basen und auf deren gesamten Gelände sind allein die USA für alle Massnahmen zuständig, die zur Errichtung, zum Betrieb, zum Schutz und zur Kontrolle notwendig sind.»

Für die USA ist das Problem damit gelöst.

Auch in Belgien wurden Verunreinigungen festgestellt. Die US-Streitkräfte sind für die Verseuchung des Grundwassers in der Umgebung der Caserne Daumerie im belgischen Chièvres verantwortlich, das zur Garnison Benelux der U.S. Army gehört. Die Bewohner angrenzender Gemeinden wurden vor der Verwendung ihres Leitungswassers gewarnt und werden mit Trinkwasser in Flaschen versorgt. Die Army äussert sich nicht dazu und versteckt sich hinter dem SOFA, das sie als Blankoscheck zur Zerstörung der Erde und ihrer Bewohner betrachtet.

Während die EU und die Vereinten Nationen Schritte unternommen haben, um den Umgang mit den gefährlichen Chemikalien PFOS und PFOA zu reglementieren, werden von den US-Streitkräften in Europa und rund um die Welt weiterhin Löschschäume verwendet, die diese Stoffe enthalten, weil ein Erlass aus der Mitte der 60er Jahre das vorschreibt. Inzwischen haben US-Chemiker einen ungefährlichen Löschschaum entwickelt, der ebenso wirksam ist, ohne die Umwelt zu vergiften und die Gesundheit zu gefährden; das US-Militär weigert sich aber, ihn zu benutzen. Stattdessen werden immer noch Millionen Dollar ausgegeben, um giftige Löschschäume durch andere giftige Löschschäume zu ersetzen.

Auch in Gegenden, in denen die einst mächtige Environmental Protection Agency EPA und kompetente Prüfer von Wasserwerken noch aktiv sind, weigert sich das US-Militär, die von ihm verursachte Verseuchung des Grundwassers zuzugeben oder etwas zu tun, um das Problem zu beheben.

Gewässer auch nach 25 Jahren noch vergiftet

Es folgen einige Beispiele dafür, dass die Air Force immer noch nicht auf das Verseuchungsproblem reagiert:

- Im Juni 2018 hat der Direktor des Wasserwerks von Dayton in Ohio die Einwohner der Stadt vor der PFOS-Verseuchung gewarnt, die von der Wright Patterson Air Base aus-

geht: «Ich muss Ihnen leider mitteilen, dass die Air Force immer noch nichts dagegen unternommen hat.»

- Die Air Force hat sich geweigert, drei Gemeinden in Colorado das Geld zu erstatten, das diese ausgeben mussten, weil ihr Grundwasser mit PFOS und PFOA aus dem Löschschaum der Peterson Air Base verseucht war. Die armen Städte haben jetzt 11 Millionen Dollar Schulden. Das Wasser im El Paso County, Texas, ist nicht mehr trinkbar. Die Air Force macht andere Verursacher dafür verantwortlich.

- Die Air Force hat sich zunächst geweigert, eine Studie zur Untersuchung des verseuchten Trinkwassers von Portsmouth in New Hampshire zu finanzieren, weil sie dafür kein Geld habe. Nach heftigen Protesten der Betroffenen war die Air Force dann sogar bereit, eine Filteranlage zur Entfernung von PFOS und PFOA aus den Trinkwasserbrunnen der Stadt zu bezahlen. Daran sollten sich auch andere betroffene Kommunen ein Beispiel nehmen.

- Die Air Force missachtet auch eine Anordnung des US-Bundesstaates Michigan, das Grundwasser in der Region Oscoda-Wurtsmith zu entsuchen. Der dort befindliche B-52-Flugplatz war 1993 geschlossen worden, gegen die Grundwasserbelastung wurde aber nichts getan. Im Dezember 2018 hat die Gesundheitsbehörde von Michigan vor dem Verzehr von Wild gewarnt, das innerhalb einer 5-Meilen-Zone rund um den aufgelassenen Flugplatz erlegt wird. Auch 25 Jahre nach der Flugplatzschliessung sind die Gewässer, aus denen das Wild trinkt, immer noch vergiftet.

Verantwortungslose Grenzwerte

Nach Angaben der EPA sind PFOS and PFOA «Emerging Contaminants», neu erkannte Schadstoffe, bei denen erst jetzt entdeckt worden sei, «dass sie bei fahrlässigem Umgang eine potenzielle oder reale Gefahr für die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstellen». Warum hat sie dann den Umgang mit PFOS und PFOA noch nicht reglementiert? Angeblich werden sie erst gefährlich ab einer Konzentration von 70 Billionstel Gramm pro Liter Wasser. Wissen-

schaftler der North Carolina University halten schon eine Konzentration von 1 Billionstel Gramm PFOA und/oder PFOS in einem Liter Trinkwasser für gesundheitsgefährdend.

1978 hat die EPA erstmals verbindliche Richtlinien zu Schadstoffgrenzwerten im Trinkwasser herausgegeben. Die zulässige Schadstoffbelastung ist aber nicht gesetzlich geregelt. In einer aktuellen Schadstoffliste sind mehr als 200 gefährliche Stoffe aufgeführt, darunter auch PFOS und PFOA (<https://www.epa.gov/dwstandardsregulations/drinking-water-contaminant-human-health-effects-information>). Die Grenzwerte für Schadstoffe sind in vielen Staaten der Welt sehr viel niedriger als in den USA angesetzt, während US-Bürgern – wegen offiziell zu hoch angesetzter Grenzwerte – immer noch vergiftetes Trinkwasser zugemutet wird.

US-Behörden agieren wie kriminelle Unternehmen

Weil die US-Regierung die Grenzwerte sehr grosszügig festsetzt, haben einige Bundesstaaten, darunter auch New Jersey, begonnen, eigene Schadstoffgrenzwerte zu bestimmen. Die Umweltschutzbehörde New Jerseys hat für die Joint Base McGuire-Dix-Lakehurst eine PFOS-Belastung von 264,3 Billionstel Gramm pro Liter Trinkwasser festgestellt, und selbst das scheint die EPA nicht zu stören.

Trotz der weit verbreiteten Verseuchung des Grundwassers durch PFOS, und PFOA, hat die EPA neue Chemikalien in Löschschäumen genehmigt, die ebenso giftig sind. US-Behörden verhalten sich zunehmend wie kriminelle Unternehmen.

Pat Elder ist US-amerikanischer Friedensaktivist (worldbeyondwar.org) und Autor von «Military Recruiting in the United States». Er ist Direktor der «National Coalition to Protect Student Privacy», eine Organisation, die der Militarisierung von US-Highschools entgegenwirkt. Er schreibt für Truth Out, Common Dreams, Alternet, L.A. Progressive, Sojourner's Magazine, and U.S. Catholic Magazine.

Quelle: rubikon.news. Übersetzung Wolfgang Jung. Untertitel UW



argus

«Argus», der Diskussionsclub für moderne Politik der Schweizerischen Friedensbewegung, ist am 18. Juni 2018 gegründet worden. Er trifft sich grundsätzlich einmal pro Monat in Basel.

Unsere Ziele

«Argus» ist eine Plattform für aktive Meinungsbildung, wo friedensrelevante Themen selber bearbeitet, eigene Forschungen gemacht und Resultate kontrovers diskutiert werden.

Der Diskussionsclub ist parteipolitisch, ideologisch und konfessionell neutral und einzig und allein der

Wahrheit und dem Frieden verpflichtet. Er ist offen auch für Nichtmitglieder der Schweizerischen Friedensbewegung.

Anmeldung

Interessierte können sich mit untenstehendem Talon oder hier anmelden: argus@friedensbewegung.ch.

Ich interessiere mich für «argus»

Name
Vorname
Strasse, Nr
PLZ, Ort
E-Mail

Bitte einschicken an Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 BASEL

Neue Weltwirtschaftsordnung ist dringend notwendig

Der Griff auf Venezuela

Unsere grossen Medien kennen keine Farbtupfer, wenn es um Venezuela geht: Vor Chavez/Maduro war Venezuela das reichste Land Lateinamerikas, jetzt humpelt es wegen der sozialistischen Misswirtschaft am Bettelstab. Stimmen wie jene des renommierten US-amerikanischen Ökonomen Michael Hudson kommen nur in Alternativmedien zu Wort. Wir dokumentieren Auszüge aus einem Interview, das der Wirtschaftsprofessor und Wall Street-Berater am 8. Februar 2019 dem US-Blogger «The Saker» gewährt hat.

Von The Saker

The Saker: Könnten Sie den Zustand der venezolanischen Wirtschaft zum Zeitpunkt des Amtsantritts von Hugo Chavez beschreiben?

Michael Hudson: Venezuela war eine Ölmonokultur. Seine Exporterlöse wurden grösstenteils für den Import von Lebensmitteln und andern Bedarfsgütern aufgewendet, die sie zu Hause hätten produzieren können. Sein Handel lief grösstenteils mit den Vereinigten Staaten ab. Trotz des Ölreichtums kam es zu einer Auslandsverschuldung.

Die US-Ölkonzerne hatten von Anfang an befürchtet, dass Venezuela eines Tages seine Öleinnahmen nutzen könnte, um die Gesamtbevölkerung zu fördern, statt seinen Reichtum weiter durch die US-Ölindustrie und ihre örtliche Comprador-Aristokratie absaugen zu lassen. So hielt sich die Ölindustrie – unterstützt durch die US-amerikanische Diplomatie – Venezuela auf zwei Arten als Geisel.

Zunächst einmal wurden Ölfraffinerien nicht in Venezuela gebaut, sondern in Trinidad und in den südlichen Golfstaaten der USA. Damit nahmen die US-amerikanischen Ölfirmen – oder die US-Regierung – Venezuela die Mittel, einen Alleingang zu wagen und mit seinem Öl eine unabhängige Politik zu betreiben: Es nützt nichts, Ölreserven zu haben, wenn du dieses Öl nicht raffinieren kannst, um es brauchbar zu machen.

Zweitens wurden die venezolanischen Zentralbanken überredet, ihre Ölreserven und alle Vermögenswerte des staatlichen Ölsektors (einschliesslich Citgo) als Sicherheit für ihre Auslandsschulden zu verpfänden. Falls nun Venezuela in Verzug gelangen sollte (oder von US-Banken, die sich weigerten, die fremden Schulden fristgerecht zu zahlen, in Zahlungsverzug gezwungen würde), wären Anleihegläubiger und US-amerikanische Ölkonzerne rechtlich in der Lage, venezolanische Ölvorkommen in Besitz zu nehmen.

Diese Pro-US-Politik machte Venezuela zu einer typisch polarisierten lateinamerikanischen Oligarchie. Obwohl es nominell reich an Öleinnahmen war, konzentrierte sich der Reichtum in den Händen einer US-freundlichen Oligarchie, die ihre innere Entwicklung von Weltbank und

IWF steuern liess. Die indigene Bevölkerung, vor allem ihre ländliche Minderheit, aber auch die städtische Unterklasse, wurden von der Beteiligung am Ölreichtum des Landes ausgeschlossen. Die arrogante Weigerung der Oligarchie, den Reichtum zu teilen oder Venezuelas Auslandsabhängigkeit wesentlich abzubauen, machte die Wahl von Hugo Chavez zu einem natürlichen Ereignis.

The Saker: Könnten Sie die verschiedenen Reformen und Änderungen von Hugo Chavez skizzieren? Was hat er richtig gemacht und was hat er falsch gemacht?

Michael Hudson: Chavez bemühte sich um die Wiederherstellung einer gemischten Wirtschaft in Venezuela, indem er die Einnahmen des Staates – hauptsächlich natürlich mit Erdöl – zur Entwicklung der Infrastruktur und zu Investitionen in die Gesundheitsversorgung, in Bildung, Beschäftigung, zur Steigerung des Lebensstandards und der Produktivität seiner Stammwählerschaft nutzte.

Was er nicht beseitigen konnte, war die Veruntreuung und das eingespielte Abzocken von Einkommen aus dem Ölsektor. Und er konnte die Kapitalflucht der Oligarchen nicht aufhalten, die ihren Reichtum abzogen, ins Ausland verlegten und gleich selbst wegliefen.

Da war nichts «falsch». Es dauert nur sehr lange, um die gestörte Wirtschaft zu verändern – während die USA ihre Sanktionen und allerlei «schmutzigen Tricks» einsetzen, um diesen Prozess zu stoppen.

The Saker: Was sind Ihrer Meinung nach die Ursachen der aktuellen Wirtschaftskrise in Venezuela – sind diese in erster Linie in Fehlern von Chavez und Maduro zu finden oder hauptsächlich auf die Sabotage, die Subversion und die Sanktionen der USA zurückzuführen?

Michael Hudson: Chavez und Maduro hätten keine pro-venezolanische Politik verfolgen können, die darauf abzielt, wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erreichen, ohne dass sie Wut, Subversion und Sanktionen der Vereinigten Staaten provoziert hätten. (...) Venezuela wird von der US-Politik als Anhängsel der US-Wirtschaft behandelt; es hat seinen Handelsüberschuss, den es durch das Öl erzielt,

gefälligst in den Vereinigten Staaten auszugeben und seine Ersparnisse an US-Banken zu übertragen.

Durch die Verhängung von Sanktionen, die es Venezuela unmöglich machen, Zugang zu seinen US-Bank-einlagen und dem Vermögen seines staatseigenen Betriebes Citgo zu erhalten, verhindern die Vereinigten Staaten, dass Venezuela seine Auslandsschulden bezahlen kann. Dies zwingt sie in Verzug, was US-Diplomaten wiederum als Vorwand für die Abschottung der Ölvorkommen Venezuelas und für die Beschlagnahmung ihrer Auslandsguthaben verwenden, so wie es der Paul-Singer-Hedge-Fonds mit den Auslandsaktiva Argentiniens tun wollte. (...)

The Saker: Was sollte Maduro Ihrer Meinung nach als nächstes tun (vorausgesetzt, er bleibt an der Macht und die USA stürzen ihn nicht), um die venezolanische Wirtschaft zu retten?

Michael Hudson: Mir fällt nichts ein, was Präsident Maduro tun kann, was er nicht bereits tut. Im besten Fall kann er ausländische Unterstützung suchen – und der Welt die Notwendigkeit eines alternativen internationalen Finanz- und Wirtschaftssystems aufzeigen.

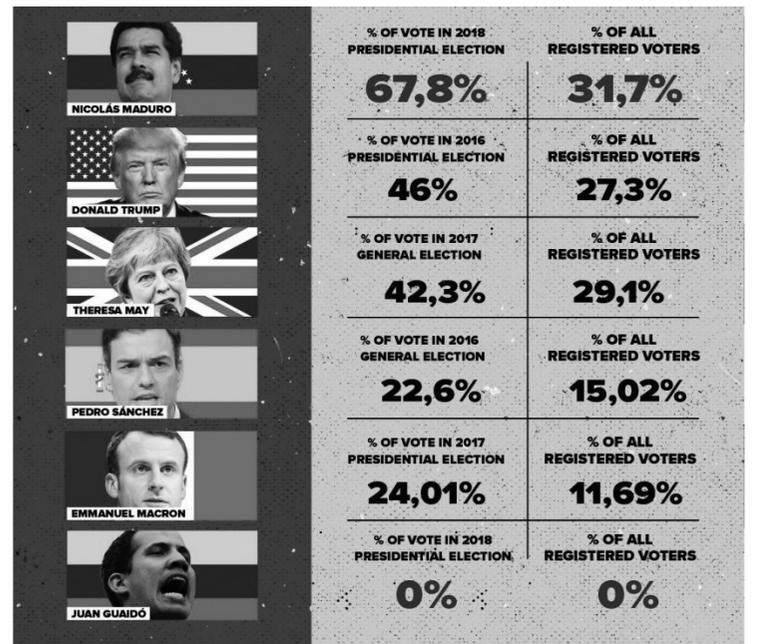
Er hat dies bereits begonnen, indem er versuchte, Venezuelas Gold aus der Bank of England und der Federal Reserve abzuziehen. Dies führt zu einer «asymmetrischen Kriegsführung», die den Dollarstandard in der internationalen Finanzwirtschaft zu untergraben droht. Die Weigerung Englands und der Vereinigten Staaten, einer gewählten Regierung die Kontrolle über ihr Auslandsvermögen zu gewähren, demonstriert der ganzen Welt, dass US-Diplomaten und Gerichte gewillt sind, fremde Länder bloss als erweitertes Interessensgebiet des US-Nationalismus zu betrachten und kontrollieren zu wollen.

Der Preis des US-amerikanischen Wirtschaftsangriffs auf Venezuela ist der Bruch des globalen Währungssystems. Maduros defensive Bewegung zeigt, dass andere Länder sich vor einem weiteren «Venezuela» schützen müssen, indem sie einen neuen sicheren Hafen und eine Zahlstelle für Gold, Devisenreserven und Fremdfinanzierung abseits von Dollar, Pfund Sterling und dem Euroraum suchen.

Der einzige Weg, mit dem Maduro erfolgreich kämpfen kann, ist auf institutioneller Ebene, indem er den Einsatz erhöht, «über den Tellerrand» zu gehen. Sein – natürlich langfristiger Plan – besteht darin, eine neue internationale Wirtschaftsordnung unabhängig vom US-Dollar-Standard zu schaffen. (...) Längerfristig muss Maduro auch die venezolanische Landwirtschaft entwickeln, ähnlich wie die Vereinigten Staaten ihre Landwirtschaft unter den New Deal-Gesetzen der 1930er-Jahre geschützt und entwickelt haben – ländliche Beratungsdienste, ländliche Kredite, Saatgutberatung, staatliche Vermarktungsorganisationen für Getreidekauf, Bereitstellung von Maschinen sowie die gleichen Preisstützungen, die die Vereinigten Staaten seit langem verwendet haben, um mit der Subvention von inländischen landwirtschaftlichen Investitionen die Produktion zu steigern. (...)

The Saker: Wie viel Unterstützung bieten China, Russland und der Iran und wie viel Hilfe können sie leisten? Denken Sie, dass diese drei Länder zusammen dazu beitragen können, US-Sabotage, Subversion und Sanktionen zu bekämpfen?

Michael Hudson: Keines dieser Länder hat derzeit die Fähigkeit, ve-



Wer ist demokratisch legitimiert?

Die interessante Grafik zeigt links jeweils den Prozentsatz an Wählerinnen- und Wählerstimmen an, den die Betreffenden an den letzten Wahlen erhalten haben und rechts ihren Anteil gemessen am Total der registrierten Stimmberechtigten. Die Schlussfolgerung überlassen wir unsern geschätzten Leserinnen und Lesern. Quelle der Grafik: www.redfish.media

nezolanisches Öl zu raffinieren. Dies macht es für sie schwierig, sich in venezolanischem Öl bezahlen zu lassen. Nur ein langfristiger Liefervertrag (im Voraus bezahlt) wäre praktikabel. Und selbst in diesem Fall, was würden China und Russland tun, wenn die Vereinigten Staaten ihr Eigentum in Venezuela einfach unter den Nagel reissen oder sich weigern würden, Russland die Ölfirma Citgo übernehmen zu lassen? In diesem Fall wäre die einzige Antwort die Beschlagnahme von US-amerikanischen Investitionen in ihren eigenen Ländern.

Zumindest China und Russland könnten einen alternativen Clearing-Mechanismus für Banken zur Verfügung stellen. Damit könnte Venezuela SWIFT und das US-Finanzsystem umgehen und verhindern, dass seine Vermögenswerte von US-amerikanischen Behörden oder Anleihegläubigern nach Belieben beschlagnahmt werden. Und natürlich könnten sie auch einen sicheren Aufbewahrungsort für all das Gold Venezuelas bieten, das es noch aus New York und London herauschaffen kann.

Mit Blick auf die Zukunft müssen daher China, Russland, der Iran und andere Länder einen neuen internationalen Gerichtshof einrichten, um die bevorstehende diplomatische Krise und ihre finanziellen und militärischen Folgen zu handhaben. Ein solches Gericht – und eine zugehörige internationale Bank als Alternative zu dem von den USA kontrollierten IWF und der Weltbank – benötigt eine klare Grundlage, einen ganzen Satz von Nationalitätsprinzipien und internationalen Rechten und die Macht, Urteile auszusprechen und durchzusetzen.

Dies würde US-Finanzstrategen mit einer Entscheidung konfrontieren: Wenn sie den IWF, die Weltbank, die WTO und die NATO weiterhin als Anhängsel einer zunehmend aggressiven US-Aussenpolitik betrachten, besteht die Gefahr, dass sie die USA isolieren. Europa wird sich entscheiden müssen, ob es US-amerikanischer Wirtschafts- und Militärsatellit bleiben oder ob es gemeinsame Sache mit Eurasia machen will. (...)

The Saker: Was können andere lateinamerikanische Länder wie Bolivien, Nicaragua, Kuba und vielleicht Uruguay und Mexiko tun, um Venezuela zu helfen?

Michael Hudson: Das Beste, was benachbarte lateinamerikanische Länder tun können, ist, gemeinsam ein Instrument zur Förderung der Entdollarisierung zu schaffen, und damit eine internationale Institution, welche

die Abschreibung von Schulden überwacht, die ausserhalb der Zahlungsfähigkeit der Länder liegen – ohne ihnen Sparprogramme aufzulegen, die ihre Wirtschaft zerstören.

Eine Alternative ist auch für die Weltbank erforderlich, die Kredite in Landeswährung gewähren würde. Dabei ginge es vor allem darum, Investitionen in die inländische Nahrungsmittelproduktion zu subventionieren. Damit könnten nationale Wirtschaften vor ausländischen Ernährungssanktionen geschützt werden, die wie eine militärische Belagerung die Kapitulation durch Aushungerung zu erzwingen suchen. Diese Weltbank für wirtschaftliche Beschleunigung würde die Entwicklung der Eigenständigkeit ihrer Mitglieder an die erste Stelle setzen, anstatt den Exportwettbewerb zu fördern und gleichzeitig die Schuldner derart mit Auslandsverschuldung zu belasten, damit sie wie jetzt Venezuela erpresst werden können.

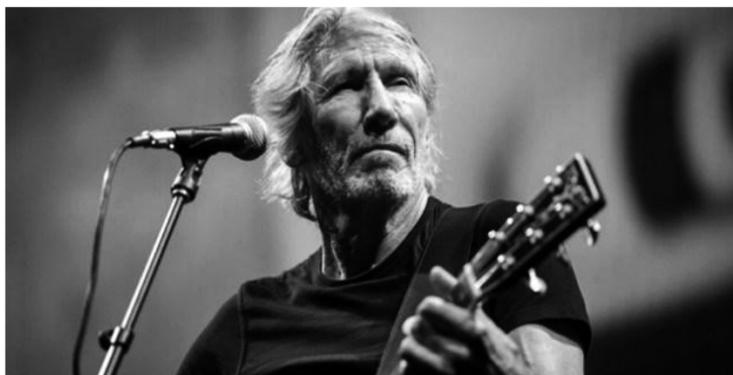
Als römisch-katholisches Land könnte Venezuela die Unterstützung des Papstes für eine Schuldenabschreibung und für eine internationale Institution beantragen, um die Zahlungsfähigkeit der Schuldnerländer zu kontrollieren, ohne Sparpolitik, Emigration, Entvölkerung und die Privatisierung der öffentlichen Hand erzwingen zu müssen.

Es sind zwei internationale Grundsätze erforderlich. Erstens sollte kein Land verpflichtet sein, ausländische Schulden in einer Währung (wie dem Dollar oder seinen Satelliten) zu zahlen, deren Bankensystem die Zahlung verhindert.

Zweitens sollte kein Land verpflichtet sein, Auslandsschulden zum Preis seiner innerstaatlichen Autonomie zu tilgen: dem Recht, seine eigene Aussenpolitik zu bestimmen, sein eigenes Steuersystem und sein eigenes Geld zu schaffen und ohne Zwang, seine öffentlichen Güter privatisieren zu müssen, um ausländische Gläubiger zu befriedigen. Jede dieser Schulden ist ein «fauler Kredit», der die eigene Verantwortungslosigkeit des Gläubigers widerspiegelt oder, noch schlimmer, ein tückischer Griff auf Vermögenswerte in einer Zwangsvollstreckung, die der ganze Sinn des Darlehens war.

Michael Hudson, geboren 1939 in Chicago, ist Professor der Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri/Kansas City. Von Hudson auf Deutsch erschienen ist u.a. *Finanzimperialismus: Die USA und ihre Strategie des globalen Kapitalismus* (Klett Verlag 2017).

Quelle: www.unz.com. Übersetzung: Martin Schwander



Roger Waters solidarisch mit Venezuela

Der britische Musiker und Aktivist Roger Waters rief vor der diplomatischen UNO-Mission der USA in New York zu einem Protest zur Unterstützung Venezuelas und seines verfassungsmässigen Präsidenten Nicolás Maduro auf.

Waters teilte auf seinem offiziellen Twitter-Konto ein Bild mit den Worten: «Stopp den Staatsstreich von Trump in Venezuela!» und er forderte die Internetbenutzer auf, sich für die Souveränität des südamerikanischen Landes einzusetzen.

«Sie haben eine wirkliche Demokratie, stoppt den Versuch, ein Land zu zerstören, nur damit die 1% (der Reichen) sich dessen Erdöl aneignen können», schrieb der Pink Floyd Mitbegründer.

60 Jahre Kubanische Revolution

Kulturelle Entkolonialisierung

Die Kubanische Revolution war auch eine Befreiung von der Vorherrschaft der USA. Die Revolutionäre setzten von Beginn an auf eine breite Bildung der Bevölkerung.

Von Abel Prieto

Kuba war in den 1930er, 1940er und 1950er Jahren das Laboratorium für eine feindliche kulturelle Übernahme. Das Land wurde mit Ausnahme weniger kleiner Räume, die man argentinischen und mexikanischen Filmen liess, von Hollywood-Produktionen überschwemmt. In Kuba wurden Filme und Serien aus den USA für ganz Lateinamerika unterteilt und synchronisiert. Die spanischsprachigen Ausgaben der nordamerikanischen Boulevardzeitungen wurden hier gedruckt. Den Blick stets nach Norden gerichtet – fast schicksalsergeben schaute man dorthin –, war die Insel gefühlt weder ein lateinamerikanisches und noch ein karibisches Land. Und die Sicht auf Kubas kulturelles und geistiges Erbe afrikanischen Ursprungs war vollkommen rassistisch. (...)

Gescheiterte Umerziehung

Es stellt sich also die Frage, warum das Ziel, uns kulturell und geistig zu absorbieren, nicht erreicht wurde. Es waren vielfältige Faktoren, die das in den Jahren der Neokolonie, ich spreche hier von den Jahren 1902 bis 1959, verhindert haben. Einerseits ist da die kubanische Volkskultur zu nennen, ein Schmelztiegel verschiedener Kulturen, eine sehr reiche, von einer grossen geistigen Dichte gekennzeichnete, sehr fruchtbare, und sehr tief in unserem Volk verwurzelte Kultur, die ihren Ausdruck in der Musik, im Tanz und in der Religiosität afrikanischen Ursprungs hat; eine Religiosität, die demokratisch, die frei ist und ausserhalb institutioneller Strukturen besteht; eine Religiosität, die keine Tempel braucht, die keine Priesterhierarchie anerkennt. Auf der anderen Seite steht das Engagement einzelner grosser Intellektueller; beispielhaft genannt seien der herausragende Fernando Ortiz, Lezama und die Gruppe «Origenes» (Ursprünge); grosse Intellektuelle, die die «cubanía» (kubanische Wesens- und Lebensart, die Red.) gegen die US-amerikanische Durchdringung verteidigten. Und an dritter Stelle – und das ist eine wirklich bemerkenswerte Tatsache – sind das kubanische öffentliche Schulwesen und seine Lehrer zu nennen.

Ich gebe euch ein Beispiel. Im Jahr 1900 organisierten die Amerikaner einen Sommerkurs in Harvard und brachten 1300 kubanische Lehrer dorthin. Es wurden Programme zur Gehirnwäsche dieser kubanischen Lehrer erarbeitet: viele Englischstunden, viele Stunden zur Geschichte der Vereinigten Staaten mit besonderem Augenmerk auf die angebliche Rolle des jungen Imperiums als «Retter» Kubas vor dem spanischen Joch. Neben dem Unterricht gab es auch eine Bildungsfahrt durch Institutionen, Schulen und an historische Orte, ja sogar ein Treffen mit dem damaligen Präsidenten William McKinley. Die Organisatoren des Kurses dachten, dass diese Lehrer in Kuba die Ideen des Annexionismus verbreiten würden; das war Mitte des 19. Jahrhunderts eine sehr starke Bewegung. Aber es kam genau andersherum. Die Lehrer kehrten nach Kuba zurück und leisteten statt dessen strategisch bedeutsame patriotische Arbeit. In den USA hatten sie gesehen, wie man Hymnen, Fahnen und Bildnisse der Unabhängigkeitshelden der USA in den Schulen einsetzte. Als sie nach Kuba zurückkehrten, nutzten sie dies in Bezug auf die grossen Persönlich-

keiten der kubanischen Unabhängigkeitskriege gegen Spanien. Man hatte Annexionisten erziehen wollen und heraus kamen Vermittler des kubanischen Patriotismus.

Armando Hart (1930–2017), ein grosser Revolutionär, erster Minister des revolutionären Kuba für Erziehung und Bildung und dann unser erster Minister für Kultur, sagte völlig zu Recht über die Angreifer auf die Moncada-Kaserne (1953, Beginn der kubanischen Revolution, die Red.), dass sehr wenige von ihnen über marxistische Bildung verfügten. Aber, so betonte er, die grosse Mehrheit von ihnen waren «Martianer», d. h. sie hatten auf Grundlage der patriotischen Erziehung durch ihre Lehrer, das Gedankengut José Martí (1853–1895) verinnerlicht.

Wissen und Freiheit

Es gibt bei José Martí und bei Fidel, der sein bester Schüler war, eine Schlüsselaussage, die Kultur und Freiheit unlösbar miteinander verbindet: «Gebildet zu sein, ist die einzige Möglichkeit, frei zu sein», sagte Martí. «Ohne Kultur ist Freiheit nicht möglich», sagte Fidel, und er fügte hinzu: «Jede Revolution ist die Tochter der Kultur und der Ideen.» (...) Man kann das materielle Umfeld des Menschen verändern, seine Lebensbedingungen verbessern, den Bauern Land geben, den Menschen aus den Elendsvierteln Wohnungen zu geben; aber wenn die Bevölkerung nicht unter kulturellem Gesichtspunkt verändert wird, wenn kein neues solidares, emanzipiertes Bewusstsein entsteht, dann kann dieser durch die Revolution begünstigte Mensch ohne grössere Probleme in die Arme der Reaktion, des Annexionismus, des Neoliberalismus sinken.

Das Überleben der kubanischen Revolution, nach so vielen Jahren imperialer Aggressivität und rücksichtsloser Blockade, nach so vielen Invasionen, Lügen, Kampagnen, nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Europa, der Auflösung der Sowjetunion, nach der Spezialperiode in den 1990er Jahren – diesen für das kubanische Volk äusserst bitteren, extrem harten Jahren – ist nur daraus zu erklären, dass es gelungen war, ein neues Bewusstsein der Kubaner zu schaffen.

De facto lässt sich bei einigen der dramatischen Rückschritte, die wir in Lateinamerika in der letzten Zeit gesehen haben, als eine der Ursachen dieser Prozesse das Fehlen eines Bewusstseins mit soliden Wurzeln beobachten. Naive Menschen, die durch eine fortschrittliche Regierung in den Genuss vieler Vergünstigungen gekommen waren, haben das Gefühl, bereits in die Mittelschicht aufgestiegen zu sein. Sie beginnen, unter den Kandidaten für die nächste Wahl jemanden zu suchen, der ihren neuen Status vertritt. Es gehört zu den grossen Erfolgen der Reaktion, wenn der Arme gegen seine eigenen Interessen wählt. Der politisch rechts stehende Arme ist einer der grossen Siege der kulturellen Herrschaft des Neoliberalismus.

Kulturelles Erbe

In Kuba begann man gleich im Jahr 1959 erste Schritte zur Emanzipation durch Bildung und Kultur zu gehen. (...) Wir haben der Verteidigung traditioneller kubanischer Ausdrucksformen und dem Studium der die Nation bildenden und fortentwickelnden kulturellen Prozesse Priorität eingeräumt. Gleichzeitig arbeiteten wir da-

ran, in unserem Volk die Kenntnisse des kulturellen Erbes von Lateinamerika, der Karibik und der gesamten Welt zu verbreiten. Es galt, eine Entkolonialisierung des Publikums zu erreichen.

Schon im Jahr 1959 wurde die «Casa de las Americas» eingerichtet. Sie stand unter der Präsidentschaft von Haydée Santamaría, einer Teilnehmerin am Sturm auf die Moncada-Kaserne. Die «Casa» unterhielt einen Verlag und veranstaltete einen literarischen Wettbewerb, um Autoren aus Lateinamerika und der Karibik zu fördern. Sehr bald wurde der Wettbewerb auch auf unveröffentlichte Werke in portugiesischer, englischer, französischer und kreolischer Sprache ausgeweitet.

1959 wurde auch das Instituto Cubano del Arte e Industria Cinematográficos (ICAIC) gegründet. Bald schon war das ICAIC führend in der Bewegung des Neuen Lateinamerikanischen Films und sollte abseits des kommerziellen Filmgeschäfts andere Festspiele voranbringen. Der kulturelle Wandel machte nicht einmal vor einer traditionell so elitären Kulturrichtung wie dem klassischen Ballett halt. Das verdanken wir der von Alicia Alonso (Jg. 1921) gegründeten Kompanie, die dann zum Nationalballett von Kuba wurde.

Die Demokratisierung des Zugangs zur Kultur ist ein Grundprinzip der Revolution, auf dessen Grundlage in den 1960er Jahren beträchtliche Ergebnisse erreicht werden konnten. Davon ausgehend wurden in den 1970er und 1980er Jahren verstärkt kulturelle Einrichtungen in den Provinzen, Kreisen und Gemeinden gegründet: öffentliche Bibliotheken, Museen, Kulturhäuser und Galerien. (...)

«Don Quijote» für alle

Die Revolution beseitigte innerhalb eines Jahres das Analphabetentum; machte das Buch dem ganzen Volk zugänglich und schuf ein Land von Lesern. «Wir sagen dem Volk nicht:



Don Quijote in der vierbändigen Ausgabe von 1959: Das erste Buch, das nach dem Sieg der Kubanischen Revolution in einer Massenaufgabe in Druck ging.

glaub, sondern: lies», sagte Fidel anlässlich der Gründung der Nationaldruckerei 1960. Der «Don Quijote» war das erste Buch, das dort gedruckt wurde. Das hat ungeheure Symbolkraft. Kein Handbuch für Revolutionäre, sondern dieses berühmte Werk von Cervantes war das erste Buch, das man an den Zeitungskiosken kaufen konnte. (...) Die Botschaft ist klar: Wir wollen keine Fanatiker heranzüchten, sondern gebildete und freie Menschen erziehen, die in der Lage sind, den revolutionären Idealen auf der Grundlage ihrer eigenen Überzeugungen zu folgen.

Das «Instituto Cubano del Libro», das später gegründet wurde, hat seit seiner Gründung Autoren aller Kontinente veröffentlicht. Das Beste der kubanischen und der Weltliteratur ist in Massenaufgaben und zu praktisch rein symbolischen Preisen verlegt

60 Jahre Kubanische Revolution

Am 1. Januar 2019 jährte sich zum 60. Mal das Ende der US-amerikanischen Kolonialisierung Kubas.

In Erinnerung an dieses historische Ereignis bringen wir einen Auszug aus einer Rede des ehemaligen kubanischen Kulturministers und Schriftstellers Abel Prieto, die er am 10. Januar 2019 in Berlin an der Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz der Zeitung «Junge Welt» (jw) gehalten hat. Dann dokumentieren wir ein Grusswort von Samuel Wanitsch an die erwähnte Konferenz. Schliesslich erläutert der international renommierte Tessiner Krebspezialist Prof. Franco Cavalli im Gespräch mit der UW, welche Bedeutung die kubanische Revolution auf seinen politischen Werdegang hatte.

worden. Zum Ziel der Entkolonialisierung muss gesagt werden, dass das «Instituto Cubano del Libro» mehr als 50 Titel afrikanischer Autoren aus etwa 15 Ländern verlegte, in der Mehrzahl Erstübersetzungen ins Spanische.

Seit dem Jahr 1981 wird in Santiago de Cuba das «Festival der Karibik» veranstaltet. Es nehmen vor allem die sogenannten Trägergruppen der kulturellen Tradition Kubas und der Karibik teil, die aus Haiti, Jamaika und anderen Ländern stammen. Ebenfalls in Santiago wurde die «Casa Del Caribe», das «Haus der Karibik», gegründet. Hier werden die afro-karibischen magisch-religiösen Lehren, die Prozesse der Herausbildung kultureller und ethnischer Identitäten, die Feiern und das Feiertagsverhalten auf Kuba und in der Karibik sowie die französische und francohaitianische Präsenz auf Kuba und in der Karibik gepflegt. Die elitären Kunstauffassungen und die rassistischen Vorurteile der Vergangenheit liegen weit hinter uns.

1981 wurde auch erstmals die «Biennale der bildenden Künste in Havanna» ausgerichtet. (...) Es ist eine Biennale, die aus den Kreisläufen kommerzieller Kunst ausbricht.

Ihr wisst, dass wir den Tourismus fördern, um unter den extrem schwierigen Bedingungen, in die uns die Feindseligkeit der Regierung der USA gebracht hat, überleben zu können. Der Tourismus kann ein Weg zur Förderung der Kultur sein, aber so, wie vielerorts geschehen, kann er sich auch in ein kulturelles Raubtier verwandeln. Daraus ergibt sich die

Schaffen und das Kunstverständnis bei Kindern und Jugendlichen, an Schulen und in den Gemeinden zu fördern. Bei diesem Vorhaben wurde dem Studium der traditionellen Kultur in der Ausbildung der Instruktoren ein besonderes Gewicht beigemessen. (...)

Falsche Kompromisse

Trotzdem muss man leider anerkennen, dass wir auf einigen Gebieten Rückschläge erlitten haben, nicht zuletzt aufgrund der Einflussnahme durch die vorherrschende Unterhaltungsindustrie. Speziell in der Musikbranche und im Bereich von Kino- und audiovisuellen Produktionen hat innerhalb der kubanischen Kulturlandschaft der Anteil kommerzieller Schrotts zugenommen. Das Interesse am künstlerisch wertvollen Kino ist zurückgegangen. Ähnliches ist in letzter Zeit hinsichtlich der Musik festzustellen.

(...) Die weltweite Tendenz, dass weniger und vermehrt qualitativ schlechteres gelesen wird, gibt es auch in Kuba. Gegenwärtig befinden wir uns mitten in einem sehr breit angelegten Programm zur Leseförderung unter Einbeziehung der neuen Technologien und unter Beteiligung der Lehrer, Bibliothekare, Kunststrukturen, Journalisten, und Kulturveranstalter. Wir sind in Gesprächen mit den Radio- und Fernsehsendern, mit dem Ministerium für Bildung und Erziehung, dem Netz der öffentlichen und der Schulbibliotheken, mit der Brigade der Kunststrukturen, um gemeinsam diese Rückschritte aufzuhalten.

Trotz dieser Tendenzen gibt es auch ermutigende Signale. Im Dezember vergangenen Jahres ist das «Festival des neuen lateinamerikanischen Films» zu Ende gegangen und hat alle Besucherrekorde gebrochen. Das Festival ist eine Massenveranstaltung wie die internationale Buchmesse, die jedes Jahr in Havanna gestartet wird und anschliessend durch das ganze Land zieht.

Wir verfügen über Ressourcen zur Verteidigung unserer Identität gegenüber der globalen Kolonisierungswelle, Ressourcen, über die andere Länder nicht verfügen. Dazu zählt die universelle und kostenlose Bildung von der Grundschule bis zur Universtität. Keinem kubanischen Kind mangelt es an einer Schule oder einem Lehrer und auch nicht an den Lernmitteln, bis hin zum Computer, um die Grundlagen der EDV zu lernen. Das Fernsehen, das Radio und die Institutionen zur Förderung der Kultur sind nicht privat und sie werden auch niemals privatisiert werden. Wir können zusammenhängende Programme zur Förderung der Kultur vorantreiben, die breite Bevölkerungsschichten erreichen.

(...) Im Krieg der Symbole und der Kultur prallen die neoliberalen, mit Wettbewerbsfähigkeit und dem Kult ums Geld verbundenen Werte mit den Werten unseres Sozialismus zusammen, die gegründet sind auf Solidarität und den «Kult um die vollumfängliche Würde des Menschen», wie es Martí formulierte.

(Quelle und Übersetzung: Junge Welt jw. Der Text wurde von uns gekürzt.)

Gespräch mit Prof. Dr. med. Franco Cavalli

Dem Imperium die Stirn geboten

Der ehemalige Präsident der SP-Bundeshausfraktion, der Tessiner Onkologe Franco Cavalli, ist seit Jahrzehnten in der Kuba-Solidarität aktiv. Als Mitbegründer der Hilfswerke *mediCuba Schweiz* und *mediCuba Europa* hat er die grösste der Antillen-Inseln seit Mitte der 80er Jahre regelmässig besucht. Wir haben den Präsidenten von *mediCuba Europa* zur Rolle der kubanischen Revolution in seiner eigenen politischen Entwicklung, zur Arbeit von *mediCuba* und zu seiner Einschätzung des heutigen Kuba befragt. Das Interview fand in Berlin am Rande der Rosa-Luxemburg-Konferenz statt.

Von Martin Schwander

Unsere Welt: Franco Cavalli, du warst bereits in den sechziger Jahren als junger Medizinstudent in Bern politisch aktiv. Welche Bedeutung hatte die kubanische Revolution damals für dich?

Franco Cavalli: Kuba und der Vietnamkrieg waren die zwei internationalen Ereignisse, die mich entscheidend politisiert und mich zu einem Anti-Imperialisten gemacht haben. Natürlich war ich bereits durch die lokalen Gegebenheiten in meiner Tessiner Heimat und meinem Wohnort Ascona politisch sensibilisiert. Ich stamme aus bescheidenen Verhältnissen und hatte das Glück, ins Collegio Papio aufgenommen zu werden, eine Privatschule in Ascona, die eigentlich für Kinder aus sogenannten besseren Familien gedacht war. Das einzige öffentliche Gymnasium befand sich damals in Lugano, und das wäre für mich unmöglich gewesen. Das Collegio Papio nun war zu jener Zeit auf Grund eines Abkommens mit dem Vatikan für Kinder von Ascona gratis, und davon habe ich profitiert. Aber die sozialen Unterschiede auf der Schule waren natürlich enorm und auch demütigend: Ich konnte zum Beispiel nicht mit den andern ins Skilager fahren, weil wir uns das nicht leisten konnten, und musste Ausreden erfinden. Oder ich musste im Gegensatz zu den andern büffeln statt Ferien zu machen: Ich war für das Studium auf Stipendien angewiesen und die erhielt ich nur mit einem Mindestdurchschnitt an der Eidgenössischen Matur von 4,8, während den andern 4,0 reichte. So erlebte ich einige Frustrationen, die meine Wahrnehmung schärfen. Und ich hatte auch einen gewissen familiären politischen Hintergrund: Mein Grossvater war Mitbegründer der Tessiner Sozialdemokratie gewesen.

Aber wie gesagt, entscheidend politisiert haben mich zwei internationale Ereignisse: Die kubanische Revolution und der Krieg der USA gegen das vietnamesische Volk.

Unsere Welt: Was hat Dich zu jener Zeit besonders beeindruckt an der kubanischen Revolution?

Franco Cavalli: Einmal die Tatsache, dass es möglich war, nur 160 Kilometer entfernt von den USA einen Kampf gegen ein Regime zu gewinnen, das von den USA unter-

stützt wurde. Zum andern, dass es dem kubanischen Volk gelang, praktisch sofort dem Druck der USA zu widerstehen und Angriffe wie die versuchte Invasion in der Schweinebucht abzuwehren. Beeindruckt hat mich natürlich auch die Person von Che Guevara. Ich bin zuhause katholisch erzogen worden, zudem wurde die Privatschule in Ascona durch die Einsiedler Benediktiner betrieben und entsprechend geprägt, und etwas davon bleibt bei einem Heranwachsenden immer hängen. Dieser Mann Che Guevara nun, der sich aufopfert und sein Leben gibt, um in der Welt mehr Gerechtigkeit zu schaffen, das erreichte nahezu messianische Dimensionen. Ich weiss noch, wie ich mich nach Ches Ermordung in das Kondolenzbuch auf der kubanischen Botschaft in Bern eingetragen und geweint habe dabei. Seine Person hat mich sicher auch geprägt, allein schon emotional, jenseits des Politischen.

Unsere Welt: Wie hat sich Deine Beziehung zu Kuba dann später entwickelt?

Franco Cavalli: Ich habe mich in jenen Jahren zunächst sehr intensiv gegen den Vietnamkrieg und für den Vietcong engagiert und in Bern eine Sektion der Centrale sanitaire Suisse gegründet. Danach machte ich politisch lange sehr wenig, weil ich im Tessin die ganze onkologische Struktur von Null an aufbaute und zehn Jahre lang immer 80-90 Stunden pro Woche arbeiten musste. So blieb mir neben der Arbeit und der wachsenden Familie praktisch überhaupt keine Möglichkeit, mich über das Unterschreiben von Aufrufen etc. hinaus politisch zu engagieren.

Dann kam der sandinistische Umsturz in Nicaragua. Das hat mich nicht sofort bewegt, weil ich noch in dieser Phase war, wo ich so viel gearbeitet habe. Aber dann, 1985, nach meiner Scheidung, bin ich mit meiner damaligen Freundin, einer holländischen Krankenschwester, die schliesslich meine zweite Frau geworden ist, den Film «Under Fire» mit Nick Nolte anschauen gegangen. Dieser Film thematisiert den Befreiungskrieg der Sandinisten und als wir aus dem Kino traten, meinte sie: «Ich gehe nach Nicaragua.» Sie ist dann tatsächlich für einige Monate dort arbeiten gegangen und an Ostern 1985 habe ich sie in Nicaragua besucht. Ich selbst begann

in Zentralamerika, mit andern Ärzten medizinische Hilfsprojekte auf die Beine zu stellen, die noch heute weitergeführt werden.

Und hier nun tritt wieder Kuba in Erscheinung: Sehr bald, wie überall auf der Welt, wenn man in unterentwickelten Ländern medizinisch etwas leistet, trifft man unweigerlich auf die Kubaner. Ich habe also in Nicaragua kubanische Ärzte getroffen und bin auch mit einigen kubanischen Professoren zusammengekommen, unter anderem dem Leiter der kubanischen Onkologie, und die haben mich aufgefordert, doch einmal nach Kuba zu kommen.

1986 bin ich daraufhin zum allerersten Mal in Kuba gewesen. Zunächst natürlich, um Kuba näher kennenzulernen, aber auch um mit den Kubanern ein paar unserer Projekte in Zentralamerika abzustimmen. Von

ganz abgesehen vom plötzlichen Fehlen von Ersatzteilen usw. Zu Beginn der neunziger Jahre war ein grosser Teil der Gesundheitsstruktur lahmgelegt. Die 14 Strahlentherapie-Zentren, die überall auf Kuba verteilt waren, standen 1992 plötzlich alle still, weil die Lieferanten von Ersatzteilen im ehemals sozialistischen Europa nicht mehr existierten oder nichts mehr liefern wollten. Da hatten wir natürlich auch in der ganzen Solidaritätsbewegung Befürchtungen, dass diese mustergültige Gesundheitsstruktur, die auch so wichtig war wegen der weltweiten Solidaritätsmissionen, zerstört werden könnte.

So haben wir, das heisst vor allem Dr. med. Christian Jordi aus Zürich, uns gesagt, da müssen wir etwas tun, und haben das Hilfswerk *mediCuba Schweiz* gegründet. Eine ganze Weile leisteten wir vor allem Nothilfe und stopften Löcher: Wenn irgendwo irgendetwas kaputt war und nicht mehr funktionierte, haben wir versucht, Ersatzteile zu schicken oder die Geräte zu ersetzen. Das war wegen der US-

schaftliche Projekte, insbesondere am Nationalen Krebsinstitut, dem Centro de Inmunología molecular (CIM), einem sehr wichtigen Forschungs- und Produktionszentrum von neuen Krebs-Medikamenten und Impfstoffen. Eine Weile haben wir von *mediCuba Europa* aus auch chemische Rohstoffe nach Kuba geliefert, die dort zur Herstellung von grundlegenden Medikamenten benötigt wurden und von Kuba im Ausland selbst nicht gekauft werden konnten. Seit einhalb Jahren schliesslich haben wir ein grosses Projekt mit dem Instituto de Medicina Tropical Pedro Kuri (IPK) in Havanna. Dieses international renommierte Institut ist unter anderem für die Kontrolle der epidemiologischen Situation in Kuba verantwortlich. In ihm werden als Zentrallabor alle Infektionskrankheiten diagnostiziert und ausgewertet. Dank unserer Unterstützung arbeiten dieses Institut und einige seiner Zweigstellen heute mit molekularbiologischer Technologie, welche die Resultate viel präziser und viel schneller liefern kann als die alte Technologie. Nach Santiago und Villa Clara nehmen wir im kommenden Jahr in der ehemaligen Provinz Habana ein weiteres dieser Labors in Angriff.

MediCuba Schweiz und *Europa* haben in den 25 Jahren ihrer Existenz Hilfe in der Grössenordnung von etwa 15 Millionen Euro geliefert, was lokal natürlich viel mehr ist und multipliziert werden muss. Von Anfang an haben wir eng mit dem Gesundheitsministerium (Minsap) zusammengearbeitet, waren aber immer zusätzlich mit einem eigenen lokalen Koordinator in Havanna vertreten, der unsere Projekte begleitet und mit organisiert.

Auch die offizielle Schweiz betreibt über die Direktion für Entwicklungszusammenarbeit (DEZA) Projekte in Kuba, und hat übrigens selbst in den schlimmsten Momenten der Beziehungen zwischen Kuba und der EU nie damit aufgehört. Da gibt es eine schöne Anekdote, wie das begonnen hat. 1997, als Peter Bodenmann seinen Rücktritt als Präsident der SP bekanntgab, beschlossen wir in der SP intern, in der Öffentlichkeit als Versuchsballon drei Namen für die Nachfolge zu lancieren, darunter mich selbst. Flavio Cotti nun, der damals Aussenminister war, stammte wie ich aus Locarno und ich kannte ihn gut: 1968 war er sogar bei den rebellierenden Studenten. Eines Tages rief er mich zu sich ins Büro und fragte mich, wie es mit meiner Kandidatur aussehe, ob ich Chancen hätte und was er für mich tun könne in dieser Angelegenheit. Da sagte ich ihm, das DEZA solle in Kuba ein Projekt umsetzen. Cotti griff zum Telefon, zitierte DEZA-Chef Walter Fust ins Büro und sagte: Wir beginnen mit Kuba... Das läuft seitdem gut und mit guten Resultaten.

Unsere Welt: Du hast während vieler Jahre nun die kubanische Revolution begleitet. Was hat Dich dabei am meisten beeindruckt? Was sind für dich die grössten Errungenschaften Kubas?

Franco Cavalli: Die Leistungen auf dem Gebiet des Schulwesens, dem Erziehungswesen, der Hochschulbildung etc., das kennt jeder. Was mich über all die Jahre aber immer wieder von neuem beeindruckt, ist der Stolz der Kubaner, ihre Selbstsicherheit, das Selbstbewusstsein. Wenn du durch Lateinamerika reist, siehst du den Menschen an, dass sie an Min-



Zu Besuch in Santa Clara: Prof. Dr. med. Franco Cavalli mit Fachfrauen des kubanischen Gesundheitswesens in einer Zweigstelle des Institutes Pedro Kuri (IPK). Foto zvg.

da an bin ich fast jährlich nach Kuba gereist. Aber der eigentliche Anknüpfungspunkt war die Präsenz von kubanischen Ärzten in Nicaragua und später in El Salvador. Diese Rolle der kubanischen ärztlichen Missionen hat mich, neben der ausserordentlich guten medizinischen Gesundheitsstruktur in Kuba, stark beeindruckt. Noch heute, wenn du irgendwo auf der Welt im tiefsten Busch, im letzten Winkel auf einen Arzt oder eine Ärztin triffst, kommen diese sicher entweder aus Kuba oder sind in Kuba an der Lateinamerikanischen Hochschule für Medizin (ELAM) gratis ausgebildet worden.

Unsere Welt: Wie entstand das Hilfswerk *mediCuba*?

Franco Cavalli: Zuerst hatte ich mit Kuba vor allem berufliche Kontakte, ich half auch mit, kubanisches Gesundheitspersonal bei uns weiterzubilden, Pflegefachpersonen, Ärztinnen und Ärzte. Aber dann kam 1989, der Fall der Berliner Mauer und auf Kuba die Período Especial, die Sonderperiode. Mit dieser vom Wegfall der europäischen Partnerländer Kubas geprägten Sonderperiode kamen auch die Schwierigkeiten für die kubanische Gesundheitsstruktur. Kuba lebte bis dahin medizinisch fast im Überfluss und so war nach 1989 niemand gewohnt, mit wenig auszukommen,

Blockade auf offiziellem Weg häufig gar nicht möglich, und so haben wir das benötigte Material für uns gekauft und dann selbst nach Kuba verfrachtet.

Nach einigen Jahren begann sich die Situation zu verbessern und wir konnten erstmals eigentliche Projekte entwickeln. Da haben wir aber bald einmal gemerkt, dass uns für grössere Projekte in der Schweiz nicht genügend Mittel zur Verfügung standen. Deswegen gründeten wir *mediCuba Europa*, mit Sektionen in heute 14 europäischen Ländern.

Geleitet wurde *mediCuba Europa* von Christian, bis er vor vier Jahren leider gestorben ist. Ich habe die Leitung dann interimistisch übernommen, weil sich bis anhin niemand anderes zur Verfügung stellen wollte.

Unsere Welt: Wo steht *mediCuba* heute?

Franco Cavalli: Der Focus unserer Arbeit hat sich ganz geändert. Jetzt investieren wir eher in langfristige Projekte. So unterstützen wir die Arbeit der ELAM und finanzieren in Westeuropa und in der Schweiz die Ausbildung von Fachspezialisten, für die es in Kuba keine Ausbildungsplätze gibt, zum Beispiel für spezielle chirurgische Eingriffe und Technologien oder auch für gewisse Labormethoden. Oder wir unterstützen wissen-



carteles cubanos
por la paz y contra la guerra
affiches cubaines
pour la paix et contre la guerre
kubanische plakate
gegen den krieg und für den frieden

Vierfarbige Broschüre,
48 Seiten im Format A4. Reich illustriert.
Texte spanisch, deutsch und französisch.
Dazu 20 lose Poster im Format A3.

Gesamtpreis inkl. Versand: Fr. 20.-

Bestellung über
061 681 03 63 resp. sfb@bluewin.ch

Vereinigung Schweiz-Cuba VSC | Schweizerische Friedensbewegung SFB

mediCuba
mediCuba-Suisse
Quellenstrasse 25, PF 1774
8031 Zürich
info@medicuba.ch
www.medicuba.ch



Während der Regierungszeit von Dilma Rousseff traten im Rahmen des Programmes «Mais medicos» über 8000 kubanische Ärztinnen und Ärzte in den entlegensten Gebieten Brasiliens ihren Dienst an. Die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den Faschisten Bolsonaro beendete ihre Tätigkeit. Ob sie ersetzt werden? Wohl eher nicht: Brasiliens eigene Ärzte bedienen in ihrer grossen Mehrheit lieber die zahlungskräftige Klientel in den Ballungszentren. Foto Araquem Alcantara (Granma)

derwertigkeitsgefühlen leiden. Sie schimpfen zwar über die US-Amerikaner, aber aus einem Minderwertigkeitskomplex heraus. Das haben die Kubanerinnen und Kubaner nicht. Ob sie nun für oder gegen die Regierung sind, sie wissen, wir haben etwas geleistet, wir sind etwas. Sie sind stolz, würdig, gut ausgebildet, autonome Persönlichkeiten mit einem geraden Rücken. Diesen Unterschied siehst du sofort. Etwas anderes, das dir sofort auffällt, ist die Tatsache, dass du in Kuba als einzigem Land in Lateinamerika Tag und Nacht problemlos überall herumgehen kannst, ob Mann oder Frau, ohne dich zu kümmern, ob jemand hinter dir hergeht. Das sind zwei Aspekte, die ich hervorheben möchte, neben der Gesundheitsstruktur, der Spitalversorgung, dem Erziehungswesen, der Tatsache, dass es keine Analphabeten gibt, keine Kinder, die auf der Strasse schlafen, dass alle die notwendigen medizinischen Behandlungen erhalten etc..

Unsere Welt: Welchen Herausforderungen muss sich Kuba deiner Meinung gegenwärtig stellen, wo siehst du die grössten Entwicklungspotenziale?

Franco Cavalli: Das grösste Problem von Kuba sind die Vereinigten Staaten. Wenn man über die Zukunft von Kuba spricht, so hängt ein grosser Teil dieser Zukunft von der Politik der Vereinigten Staaten ab. Möglicherweise wäre die Situation heute etwas anders, wenn Obama 30 Jahre lang Präsident gewesen wäre. Er hat zwar relativ wenig getan hat in der Praxis, aber dieses Wenige wäre eventuell doch etwas mehr geworden mit der Zeit. Bei einer Wahl von Sanders zum Beispiel würden wir heute wohl ganz anders über die Zukunft von Kuba sprechen können als mit Präsident Trump, der ganz gezielt das Wenige von Obama zurückgezogen und noch verschärft hat. Und zwar gezielt. Er hat zum Beispiel eine Verordnung in Kraft gesetzt, die allen US-Institutionen und Ärzten verbietet, mit dem IPK zusammenzuarbeiten: Die Leute aus seiner Administration wissen sehr gut, welche Rolle das IPK in den ärztlichen Missionen Kubas in aller Welt spielt. Zum Beispiel werden im IPK all jene geschult, die dann den Kampf gegen Ebola aufnehmen.

Zweitens darf man ob all der weltgeschichtlichen Bedeutung, die Kuba und auch Fidel erlangt haben, nicht vergessen, dass Kuba eine kleine Insel ist, mit 11 Millionen Einwohnern und doch relativ begrenzten Möglichkeiten.

Was momentan die Stärke von Kuba ausmacht, neben dem Tourismus, der auch seine Nachteile hat, ist die Biotechnologie. Selbst in den schlimmsten Jahren des Periodo Especial hat Fidel, der ein grosser Verehrer der Medizin und der Forschung war, immer sehr stark in die Biotechnologie investieren lassen. Deswegen

ist der Forschungsstand auf Kuba sehr hoch und schon jetzt ist die Biotechnologie das wichtigste Exportgut von Kuba. Seine Bedeutung nimmt relativ rasch zu und zwar in Zusammenarbeit mit den Chinesen. Das sehe ich als grosses Entwicklungspotenzial. Überhaupt verspreche ich mir viel von der Zusammenarbeit mit China, auf verschiedensten Gebieten. Wenn wir sehen was China weltweit investiert, so denke ich, dass das auch für die Kubaner immer wichtiger wird. Tatsächlich sind die Beziehungen auf allen Ebenen, ob Partei oder Staat, intensiv.

Die Situation von Kuba ist geprägt durch die geographische Nähe zu den USA und die Tatsache, dass mit der Zuflucht in den Tourismus während des Periodo Especial diese doppelte Währung mit all ihren Problemen entstanden ist. Das ist eine grosse Schwäche, die unbedingt überwunden werden muss. Die Existenz zweier Währungen blockiert sehr viel, auch Auslandsinvestitionen, aber in erster Linie die Menschen selbst: Psychologisch sind diese Unterschiede zwischen den Einheimischen und den Touristen und unter den Einheimischen selbst fatal und das führt auch zu der unbestreitbaren Entpolitisierung von einem beträchtlichen Teil der Jugend. Das ist ein grosses Problem. Die Jugend weiss nicht mehr, wie es vorher war. Schule, Gesundheitswesen, all das ist für sie selbstverständlich und sie sagen: Ich will mehr, ich will reisen, ich will konsumieren, ich will Internet usw. Wie man das überwindet, wie die Jugend wieder ins Boot geholt werden kann, ist nicht leicht zu sagen. Die Kubaner haben wahnsinnige Opfer geleistet. Es wäre ohne die Unterstützung eines grössten Teiles der kubanischen Bevölkerung und ohne ihren Opferwillen nicht möglich gewesen, dem Imperium derart die Stirn zu bieten. Und gleichzeitig noch den Krieg in Südafrika zu gewinnen. Ohne Kubaner wäre Nelson Mandela vermutlich im Gefängnis gestorben, das dürfen wir nicht vergessen. Aber für viele Jungen spielt all das keine Rolle mehr und irgendwie müsste Kuba eine Situation erreichen, die jener in China ähnlicher ist. Natürlich ist das schwierig, angesichts der Blockade, und mit 1,5 Milliarden Menschen kannst du auch mehr erreichen als mit 11 Millionen.

Es gibt grosse Herausforderungen, ich glaube aber dass Kuba auf einem ziemlich guten Weg ist und die Grundpfeiler im Bildungswesen, im Gesundheitswesen und auch in der Aussenpolitik unangetastet bleiben. Der neue Präsident Diaz-Canel stammt aus Villa Clara und als ich dort war, habe ich gemerkt, dass ihn die Menschen dort sehr schätzen, er gibt sich sehr viel Mühe, ist äusserst präsent überall im Land, kennt die Probleme gut und ist sowohl pragmatisch wie standfest.

Danke Kuba für dein Beispiel!

Anlässlich der 24. Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin vom 10. Januar 2019 trug der Schweizer Samuel Wanitsch im Namen des Plenums eine Grussbotschaft vor, die wir hier dokumentieren. Wanitsch ist nationaler Koordinator der Vereinigung Schweiz-Cuba, Mitglied des SFB-Sekretariates und Vertreter des Weltfriedensrates bei der UNO in Genf.

Von Sämi Wanitsch

Es ist mir eine grosse Ehre, diese Grussbotschaft der internationalen Solidarität zur Feier der seit 60 Jahren erfolgreichen kubanischen Revolution hier anlässlich der Rosa-Luxemburg-Konferenz einbringen zu dürfen.

Meine Herkunft ist unüberhörbar und eigentlich unwichtig. Ich muss aber aus besonderem Grunde festhalten, dass ich mich für die Politik meines Landes aktuell besonders schäme.

In zehn Tagen wird nämlich anlässlich des World Economic Forum (WEF) in Davos in den Schweizer Bergen den schlimmsten Übeltätern an Mensch und Natur der Teppich ausgelegt – ich sage wohlweislich nicht der rote, wenn schon, dann der braune – und zum globalen Monopoly eingeladen und dabei auch die sogenannte direkte Demokratie vorübergehend ausser Kraft gesetzt.

Banker, CEOs der schlimmsten multinationalen Konzerne, Patriarchen, Oligarchen, Multimilliardäre pokern und dealen mit willfährigen Regierungen und auch mit Faschisten

wie Bolsonaro um den irdischen Kuchen, respektive um die Ressourcen der Menschheit. Im Klartext: Das kapitalistische Monster zeigt in Davos sein telegenesisches Gesicht.

Es ist genau das Monster, das seit Jahrzehnten Kuba mit kriminellen Sanktionen verschiedenster Art zu drangsaliieren versucht, nachdem es vor 60 Jahren von todesmutigen und selbstlosen Kämpferinnen und Kämpfern von der wunderschönen Insel vertrieben werden konnte.

Jetzt sind wir hier, um diesen Protagonisten um Fidel und Raúl Castro, Frank País, Camilo Cienfuegos, Juan Almeida, Che Guevara und wie sie alle heissen, und genauso den engagierten starken Frauen wie Vilma Espín, Celia Sanchez, Haydée Santamaria, Melba Hernández, Aleida March die Ehre zu erweisen.

Deren Hoffnung und Überzeugung, dass sich auch die nachkommenden Generationen genauso konsequent für dieselben Ideale einsetzen werden, ist mit dem Fortbestand der kubanischen Revolution bis zum heutigen Tag eindrücklich untermauert. Zehntausen-

de von Kubanerinnen und Kubanern haben sich auch im Ausland für bessere und gerechtere Verhältnisse eingesetzt, sei es in Befreiungskämpfen in Äthiopien, Angola und Südafrika oder in der neueren Zeit als Ärztinnen und Ärzte in den entlegensten Ecken dieser Erde.

Auch die im Volk bereits gelobte Amtsführung von Miguel Díaz-Canel als Präsident und die laufende Verfassungsreform bestätigen die Kontinuität in der sozialistischen Politik. So ist Kuba Stern der Hoffnung für alle Unterdrückten dieser Welt geworden – und geblieben.

Aber nicht nur für sie, auch für uns, die wir unter ganz anderen Bedingungen leben, aber dieselben Ideale haben, ist Kuba ein Fixpunkt und Orientierungshilfe im Streben nach sozialer Gerechtigkeit und Frieden.

In gelebter internationalistischer Solidarität ist uns Kuba das grosse Vorbild. Legen wir also gleich viel Kraft, Zärtlichkeit und Liebe in unser Engagement für eine bessere Welt, so wie wir das vom kubanischen Volk kennen.

Otro mundo es posible, gracias Cuba por tu ejemplo! (Eine andere Welt ist möglich, danke Kuba für dein Beispiel!)

Viva Cuba y su Revolución!
(Quelle: Junge Welt/jW)

Verheerender Tornado über Havanna

Unsere Solidarität ist gefragt

Ein gewaltiger Tornado verwüstete auf einem über 10 Kilometer langen Raubzug mitten durch Wohngebiete von Havanna in der Nacht vom 27. auf den 28. Januar 2019 in 16 Minuten über 1900 Wohnhäuser und öffentliche Gebäude, darunter 78 Schulen, 23 Kindergärten, ein Spital, vier Polikliniken und ein Altersheim, und hinterliess vier Tote und um die 200 Verletzte. Über eine halbe Million Einwohnerinnen und Einwohner blieben zunächst ohne Strom, in vielen

Gebäuden wurde die Trinkwasserversorgung in Mitleidenschaft gezogen.

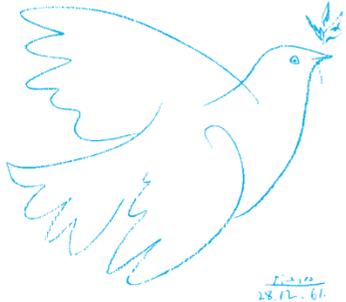
Bereits am 31. Januar konnte die Stromversorgung zu hundert Prozent wieder hergestellt werden, während sich auch sämtliche anderen Dienstleistungen rasch normalisieren. Was für Anstrengungen, welche grossartigen Beispiele der nachbarschaftlichen Solidarität dahinter stecken, können wir hier nur erahnen: Die internationale Presse schaut in diesen Augenblicken meistens gänzlich weg.

Spendenkonto der VSC

Nicht wegschauen mag die Vereinigung Schweiz-Cuba. Wie andere Cuba-Solidaritätsgruppen auf der ganzen Welt hat sie auch in der Schweiz für die Wiederaufbauhilfe ein Spendenkonto eingerichtet, dessen Ertrag ohne jeglichen Abzug den betroffenen Quartieren von Havanna zugutekommen wird. Bereits sind über Fr. 5000.– eingegangen. Konto VSC, Vermerk «Tornado Habana», PC 30-36190-7, CH97 0900 0000 3003 6190 7).



Über 1900 Gebäude betroffen: Folgen eines Tornados in Havanna. Granma-Fotos: José M. Correa (2), Ricardo López Hevia



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für die Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Samuel Wanitsch, Monika Waser
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3 000

Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32

Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7 IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 3. Herzlichen Dank!



Einer der ältesten politischen Gefangenen der Welt: Mumia Abu-Jamal. Foto iac

Politischer Häftling Mumia Abu-Jamal

Ein Funken Hoffnung

Ende Dezember 2018 entschied ein Gericht über die Neuverhandlung von Berufungsanträgen Mumia Abu-Jamals, der seit 37 Jahren in den USA eingekerkert ist. Jetzt sind bisher unbekannt Akten zum Fall des ehemaligen Black-Panther-Aktivisten aufgetaucht.

Von Dave Lindorff

Die überraschende Anordnung eines Oberrichters am Court of Common Pleas, dem Staatsgericht Philadelphia, vom 27. Dezember 2018 bietet Mumia Abu-Jamal im Jahr 2019 eine neue Chance, seine 1982 erfolgte Verurteilung wegen des angeblichen Mordes an dem weissen Polizisten Daniel Faulkner anzufechten. Der Richter Leon Tucker erteilte mit seiner Entscheidung dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania den Auftrag, erneut vier nach dem «Post Conviction Relief Act» (PCRA) erfolgte Berufungsanhörungen sowie Anträge für weitere Anhörungen zu verhandeln. Diese hatte das höchste Gericht des Bundesstaates im Laufe einiger Jahre unter fragwürdigen Umständen abgewiesen. Das PCRA-Gesetz bietet rechtskräftig Verurteilten das Recht auf Wiederaufnahme ihres Verfahrens.

Der weltbekannte Gefangene, Journalist und ehemalige Black-Panther-Aktivist Mumia Abu-Jamal sitzt seit mehr als 37 Jahren im Gefängnis, davon 29 Jahre in der Einzelhaft eines Todesstrafs. Das gegen ihn verhängte Todesurteil war im Dezember 2001 von Bundesrichter William Yohn aus verfassungsrechtlichen Gründen aufgehoben worden.¹ Aufgrund von eingeleiteten Berufungen der Bezirksstaatsanwaltschaft von Philadelphia erlangte Yohns Beschluss jedoch keine Rechtskraft, und so blieb Abu-Jamal zunächst im Todesstraf, bis alle Rechtsmittel der Anklagebehörde ein volles Jahrzehnt später ausgeschöpft waren. Erst 2011 wurde das Todesurteil durch ein Bundesberufungsgericht rechtskräftig als verfassungswidrig aufgehoben und in lebenslange Haft umgewandelt.

Redaktionsschluss
dieser Nummer:
5. Februar 2019

Befangener Richter

Die vorzeitige Aussetzung der Strafe zur Bewährung wurde indes ausgeschlossen, was bei Verurteilungen zu lebenslanger Haft in Pennsylvania der Regelfall ist und in diesem politisch belasteten Fall eines Gefangenen, der sich nicht scheut, seine Kritik an den Lebens- und Haftbedingungen in den US-Gefängnissen öffentlich zu machen, auch nicht anders zu erwarten war. Will Abu-Jamal nicht im Gefängnis sterben, so hat er nur noch die Chance, dass seine Verurteilung wegen Mordes aufgehoben und ein neuer Prozess angeordnet wird. Das ist juristisch lediglich mittels Anträgen nach dem PCRA-Gesetz möglich, in denen neue Beweise für die Unschuld vorgelegt, frühere Zeugenaussagen widerrufen oder Verfahrensfehler sowie Fehler der Staatsanwaltschaft im ursprünglichen Verfahren geltend gemacht werden. Dies ist allerdings um so schwieriger, je mehr Zeit vergangen ist; normalerweise führen nur neue Unschuldsbeweise – beispielsweise eine entlastende Zeugenaussage oder andere neue Tatsachenbeweise – zu einer PCRA-Anhörung.

Nach zwei Jahren erbitterter Auseinandersetzungen in den Anhörungen unter Vorsitz von Richter Tucker entschied dieser überraschend, dass alle vier von Abu-Jamal gestellten PCRA-Anträge unzulässigerweise vom Obersten Gerichtshof Pennsylvanias abgewiesen worden waren. (...)

Abgekartetes Verfahren

Richter Tuckers Anordnung zur Neuverhandlung der vier abgelehnten PCRA-Anträge stellt mit ihrer scharfen Rüge gegenüber dem Verhalten des früheren Vorsitzenden Richters Castille einen bemerkenswerten Wendepunkt im Umgang der Justiz Pennsylvanias mit Abu-Jamal dar.

Seit seiner Verhaftung stand der Fall Abu-Jamals im Zeichen von Polizeigewalt, Vorverurteilung und Korruption. Es begann damit, dass ein Schuss aus einer Polizeiwaffe

Abu-Jamals Brust durchschlagen und Lunge sowie Leber getroffen hatte. Von starken Schmerzen gezeichnet und stark blutend hatten die Polizisten den lebensgefährlich Verletzten mit Handschellen gefesselt unbeaufsichtigt in einem Polizeiwagen liegen gelassen. Es folgten Falschaussagen von gekauften Zeugen der Staatsanwaltschaft, die Abu-Jamal im Sommer 1982 schwer belasteten. Eine Gerichtsprotokollantin hörte den Vorsitzenden Richter Albert Sabo am Ende des ersten Verhandlungstages zu jemandem sagen: «Ich werde denen (der Staatsanwaltschaft, J.H.) helfen, den «Nigger» zu grillen.»

Auf den fehlerhaften und durch rassistische Motive gekennzeichneten Prozess folgte ein ebensolches Berufungsverfahren, bei dem sich der Gouverneur von Pennsylvania, der Republikaner Tom Ridge, 1995 Informationen über vertrauliche Gespräche zwischen dem inhaftierten Abu-Jamal und seinen Anwälten beschaffte. Diese Informationen hatten Beamte des Staatsgefängnisses SCI Greene in Waynesburg an den Gouverneur weitergeleitet, der sie wiederum dem leitenden Bezirksstaatsanwalt von Philadelphia übermittelte. So wusste die Staatsanwaltschaft bereits vorher über den Termin Bescheid, an dem Abu-Jamals Anwaltsteam einen Berufungsantrag stellen wollte. Dies ermöglichte dem Bezirksstaatsanwalt und dem Gouverneur, nur wenige Wochen nach der ersten PCRA-Anhörung, dem Antrag der Verteidigung mit einem Hinrichtungsdatum für Abu-Jamal zuzukommen. Richter Albert Sabo, der 1982 das Todesurteil über Abu-Jamal verhängt hatte und nun über den ersten Wiederaufnahmeantrag zu entscheiden hatte, setzte daraufhin die Verteidigung zeitlich unter Druck und lehnte die Vernehmung von Zeugen ab, um den Hinrichtungstermin nicht zu gefährden.

(...) Auch wenn es vermutlich noch ein langer Weg sein wird, bietet eine erneute Überprüfung der vier PCRA-Anträge die Chance, dass ein neues Richterergremium des Obersten Gerichtshofs den aufgeworfenen Fragen nachgeht und möglicherweise etwas findet, das die Beweislage des Falles ausreichend verändert, oder einen Verfahrensfehler von solcher Tragweite aufdeckt, dass ein neuer Prozess zwingend erforderlich sein wird.

Sollte der derzeitige Oberste Gerichtshof in Pennsylvania alle vier der erneut eingereichten PCRA-Anträge ablehnen, besteht noch die Möglichkeit, dass die Verteidigung einen Habeas-Corpus-Antrag zur «unverzüglichen Haftprüfung» einreicht und eine neue Anhörung vor dem dafür zuständigen Bundesbezirksgericht verlangt. Dieses Gericht steht weniger unter dem politischen Druck von Gruppen wie der FOP. Denn Bundesrichter werden im Gegensatz zu den Richtern der unteren Gerichtsinstanzen nicht turnusmässig neu gewählt, sondern auf Lebenszeit in ihr Amt berufen.

Neue Aktenfunde

Inmitten der neuen, durch Tuckers Entscheidung veränderten Situation teilte die Bezirksstaatsanwaltschaft von Philadelphia dem Richter nun am 3. Januar 2019 mit, in einem abgeschlossenen Lagerraum des Gebäu-

des der Anklagebehörde seien sechs Archivkartons mit Aktenmaterial zum Fall Abu-Jamal aufgefunden worden. (...) Sollten diese Boxen Beweismaterial enthalten, das der Verteidigung rechtswidrig vorenthalten wurde, und sollte sich dieses Aktenmaterial als so bedeutend erweisen, dass es die Jury im ursprünglichen Prozess des Jahres 1982 möglicherweise zu einer anderen Schlussfolgerung geführt hätte – beispielsweise zu einem nicht einstimmigen Urteil –, dann könnte das Anlass für eine Neuverhandlung sein.

Selbst wenn diese Beweise von weniger grundlegender Bedeutung wären, könnten sie die Verteidigung veranlassen, einen neuen Antrag für eine Anhörung zur Wiederaufnahme des Verfahrens nach dem PCRA-Gesetz vor dem Staatsgericht Court of Common Pleas in Philadelphia zu stellen. In einer solchen Anhörung könnten Verteidigung und Staatsanwaltschaft ihre jeweiligen Argumente vorbringen und auf der Basis der in den Kartons entdeckten Beweise Zeugen vorladen, möglicherweise sogar Zeugen aus

dem ursprünglichen Verfahren, die unter Eid erneut aussagen müssten.

(...) Mumia Abu-Jamal ist zu einer mächtigen Stimme aus dem Innern des von ihm so bezeichneten «gefängnisindustriellen Komplex» der USA geworden. Sein ursprünglicher Prozess wird weithin als Farce und Ausdruck einer korrupten Justiz angesehen. Abu-Jamals Anhänger in der ganzen Welt fordern seit langem die Freiheit des politischen Gefangenen. Wie die jüngsten Entwicklungen zeigen, ist sein Fall noch lange nicht zu Ende.

Anmerkungen:

1) Yohn rügte mit seinem Beschluss die nicht verfassungskonforme Besetzung der fast ausschliesslich weissen Jury, aus der zahlreiche schwarze Geschworene trotz ihrer prinzipiellen Eignung aus rassistischen Gründen von der Staatsanwaltschaft ausgeschlossen worden waren.

Quelle und Übersetzung: Junge Welt (jW)/Jürgen Heiser. Von uns stark gekürzt.

SFB unterstützt Friedensarbeit in Venezuela

12 x Monatslohn

In der letzten UW gaben wir bekannt, dass die Schweizerische Friedensbewegung ihrer Schwesterorganisation in Venezuela, COSI (Komitee für Internationale Solidarität und den Kampf für den Frieden), den Gegenwert eines lokalen Jahresgehaltes und damit die Anstellung eines hauptamtlichen Koordinators in einem der Bundesländer Venezuelas ermöglicht hat.

Von Carolus Wimmer, dem COSI-Vizepräsidenten, erhielten wir am 4. Februar 2019 folgende Nachricht:

Wir erweitern den Einflussbereich des COSI und schreiten im Aufbau der COSI-Zirkel von Friedensaktivisten auf regionaler und lokaler Ebene planmässig voran.

Die freundschaftliche Unterstützung der Schweizerischen Friedensbewegung SFB spielt dabei eine wichtige Rolle.

Im November 2018 wurden von ihr 720 Franken gespendet. Damit über-

nimmt die Schweizerische Friedensbewegung vom November 2018 bis Oktober 2019 die Schirmherrschaft für einen hauptamtlichen Koordinator, und zwar im Bundesland Capital Federal Caracas.

Auf diese Weise können wir eine kontinuierliche Massenarbeit und ein geplantes Mitgliederwachstum in diesem Bundesland garantieren.

Vielen Dank für eure Solidarität. Es ist unser aller Kampf.

Grüsse an die Freundinnen und Freunde der Schweizerischen Friedensbewegung SFB

Carolus

Gerne möchten wir die Anstellung eines weiteren Koordinators in einem andern Bundesland finanzieren. Wer etwas an die dazu benötigten Fr. 720.– beitragen möchte, kann dies mit dem Vermerk «COSI» auf das Konto der SFB, 4001 Basel, PC-40-1627-7, IBAN CH72 0900 0000 4000 1627 7 tun. Herzlichen Dank!

Schweizerische Friedensbewegung SFB

Jahrestagung 2019

Samstag, 11. Mai 2019, 17.00 – 19.00 Uhr
Restaurant Rebhaus (Saal)
Riehentorstr. 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen
Wahl des Vorstandes • Ausblick und Anregungen

Anschliessend gemeinsames Abendessen.

Die Jahresversammlung ist wie immer öffentlich.

Interessierte sind herzlich eingeladen!

Falls Sie Mitglied der SFB werden wollen (und es nicht schon sind), können Sie untenstehenden Talon verwenden.